

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich: 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Friede auf den Werften! Keine Metallarbeitsperrung!

Die Differenzen auf den Seeschiffswerften werden zu einem friedlichen Austrag kommen, die Aussperrung der Metallarbeiter ist vermieden. Die Verhandlungen wollten zunächst zu einem, die Arbeiter befriedigenden Ergebnis nicht führen, weil die Unternehmer es vor allen Dingen prinzipiell ablehnten, irgendeine Verkürzung der Arbeitszeit zuzugestehen, während sie auf dem Gebiete der Lohnzahlung Zugeständnisse nicht abgeneigt waren. Nun bestehen aber auf einer Reihe von Seeschiffswerften Arbeitszeiten, die weit das übersteigen, was manchen Arbeiterkategorien in anderen als den Werftbetrieben längst tariflich zugestanden worden ist. Man kann es speziell diesen Arbeitern nicht verübeln, wenn sie darauf bestanden, auf den Werften in Beziehung auf die Arbeitszeit nicht schlechter gestellt zu sein als in anderen Betrieben. Es war begreiflich, daß sie nach dieser Richtung hin unzureichende Zugeständnisse nicht zu befriedigen vermochten. So kam schließlich folgendes Angebot der Werftbesitzer zustande:

Die Einstellungsgehälter bei den Hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pf. erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgendeines volljährigen Arbeiters 40 Pf. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungsgehältern wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pf. pro Stunde vorgenommen. Diefelben Zugeständnisse machen die nicht Hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibe. Die Affordfrage regelt sich nach den Vereinbarungen von 1907. Als neue Konzession wird ferner ab 1. Januar 1911 eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden, und zwar:

- a) bei den Hamburgischen Seeschiffswerften auf 55 Stunden die Woche,
- b) bei allen Außer-Hamburgischen Seeschiffswerften, soweit sie der Gruppe deutscher Seeschiffswerften angehören, auf 56 Stunden die Woche.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt nach diesen Zugeständnissen 1 Stunde wöchentlich.

Der Ausgleich in der Arbeitszeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn. Die bereits verfahrensweise zugestandene wöchentliche Lohnzahlung am Freitag tritt mit der ersten Lohnwoche des Jahres 1911 in Kraft.

Außer diesen materiellen Zugeständnissen haben sich die Werftbesitzer dazu bereit erklärt, daß die Arbeiterauschüsse, gemäß den Vorschlägen der Arbeiterorganisationen gewählt werden sollen.

Die gestrige Werftarbeiterkonferenz stimmte diesen neuen Vorschlägen zu unter der Voraussetzung, daß die örtlichen Verhandlungskommissionen noch die rein örtlichen Differenzpunkte regeln.

Alle Streikenden und Ausgesperrten werden ohne den Arbeitsnachweis und unter Sicherung ihrer Ansprüche, auch der Ueberschüsse aus den durch den Streik unterbrochenen Afforden, eingestellt.

Ueber die Zeit der Wiedereinstellung wird zur Zeit, wo wir dies zu Papier geben, noch unterhandelt.

Damit ist ein Riesenkampf vermieden, der nach dem Willen der Scharfmacher zirka zwei Millionen Menschen der Brotlosigkeit ausgesetzt hätte, denn die von den Werftbesitzern angerufenen, ihnen eng liierten Metallindustriellen hatten gedroht, am 8. Oktober nicht weniger als 400 000 Metallarbeiter auf die Straße zu werfen, falls bis dahin der Streik auf den Seeschiffswerften nicht beendet sei. Er ist nun beendet unter Bedingungen, welche die Herren Werftbesitzer sofort haben konnten, sofern sie sich überhaupt zu Verhandlungen geneigt erklärt hätten. Statt dessen griffen sie zur Teil-aussperrung ihrer Arbeiter. Und als diese sich das nicht ohne weiteres bieten ließen, sondern den Werften nicht ausgezählt, sondern geschlossen den Rücken kehrten, rief man den Riesen-Aussperrungs-Apparat der Metallindustriellen an. Aber die Metallarbeiter genau wie die übrigen beteiligten Arbeiter piffen auf diese Drohung. Ueberall erklärten sie sich bereit, sofort die Beiträge auf das Doppelte zu erhöhen, sie waren entschlossen, die ersten 14 Tage der Aussperrung ohne jede Unterstützung auszuhalten. Soweit sie nicht ausgesperrt würden, wollten sie des Winkes harren, der auch sie aus den Werken hinausrief, um diese vollständig lahmzulegen. Ob es zu dieser Hinauszuehung der nicht ausgesperrten 40 Proz. seitens der Organisationen gekommen wäre, war eine Frage der Taktik. Den Arbeitern standen noch andere Mittel zur

Verfügung, mit denen sie den Feind empfindlich zu treffen vermochten, ohne sich selbst irgendwie zu schaden. Sie konnten in der Metallindustrie Gewehr bei Fuß stehen und den Kampf auf den Augenblick konzentrieren, wo man die Fabriken zur Auslese der vermeintlich müde Gewordenen öffnete. Sie konnten sich darauf beschränken, aus den Werften die Kesselschmiede, die Deckleger, die Maler, die Tischler des Innenbaus herauszuziehen und so mit einem geringen Aufwand die Fertigstellung der Schiffe zu verhindern. Sie konnten auch zum gewaltigen Frontangriff vorgehen durch Hinauszuehung aller Arbeitskräfte.

Und damit standen ihnen an Geldmitteln jene gewaltigen Reserven zur Verfügung, welche die Bauarbeiter für ihren Kampf flüssig gemacht, aber nicht angegriffen hatten. Die deutsche Arbeiterschaft aber in ihrer Gesamtheit hätte gern und freudig zu ihren Gunsten eingegriffen in den Kampf, der sich gegen das gewaltigste Scharfmachergebilde Deutschlands, gegen den Gesamtverband der Metallindustriellen, richtete.

Ob aber dieselbe Einigkeit auf Seiten der Scharfmacher herrschte? Sehen wir uns in unserer nächsten Nachbarschaft um! Nach den Feststellungen der Berliner Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben in Groß-Berlin 117 Betriebe, die 90 982 Personen beschäftigten, das Aussperrungsplakat ausgehängt. Damit haben wir einen ungefähren Ueberblick über den Umfang der Aussperrung, die von den Berliner Metallindustriellen zur Unterstützung ihrer Freunde in der Metallindustrie zum 8. Oktober geplant war.

Im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sind nun aber die folgenden Berliner Unternehmerorganisationen angeschlossen:

Verband Berliner Metallindustriellen	99 Werke	78 000 Arbeiter
Vereinigung Berl. Metallwarenfabrikanten	116	75 000
Verein Berl. Metallschraubensabrikanten	16	1 200

In Groß-Berlin zusammen 231 Werke 154 200 Arbeiter

Da nur 117 Betriebe, die 90 982 Personen beschäftigten, die ordnungsgemäße Kündigung durch Aushängen des bekannten „Erlasses“ der Zentralleitung der Metallindustriellen durchgeführt haben, so würden in Berlin nicht 60 Proz. der in den Betrieben des Deutschen Metallindustriellenverbandes tätigen Arbeiter, sondern nur 60 Proz. der im Deutschen Metallindustriellenverbande organisierten Unternehmer die Aussperrung praktisch lernen. Es sind die Großbetriebe der Berliner Metallindustrie, die 60 Proz. der Metallarbeiter aussperrten wollten. Beachtet man die Zahl der aussperrungswütigen Unternehmer und vergleicht man sie mit der Ziffer derjenigen, die die Plakate nicht ausgehängt haben, also von der Aussperrung nichts wissen wollen, so ergibt sich, daß rund die Hälfte der Berliner Metallindustriellen dem Aussperrungskommando ihrer Organisationsleitung nicht gefolgt sind!

Aehnlich lag es auch anderwärts. Die Verluste, die den Unternehmern im Augenblicke der aufsteigenden Konjunktur aus der Aussperrung entstanden wären, waren größere als die, welche sie den Arbeitern beizubringen vermocht hätten.

So bequemten sie sich zu Unterhandlungen, die den mächtigen Metallindustriellen gewiß gewaltig schwer fielen. Und selbst die gern gesehene „Selben“ mußten bei diesen Verhandlungen in der Vertiefung verschwinden. Mit einer abwehrenden Handbewegung schob sie der Metallarbeiterverband beiseite.

Auch das war ein Erfolg, den das mannhafte Auftreten der Arbeiter herbeigeführt hat.

Die Arbeiter gehen als Sieger aus diesem Kampfe hervor.

Daran läßt sich nichts deuteln.

Sie erkämpften eine Konzession auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung.

Sie erkämpften die verlangte Einführung von Mindest-Einstellungsgehältern.

Sie erkämpften die Gewährung einer Lohnerhöhung.

Sie erkämpften die Regelung der Affordarbeit.

Sie erkämpften die Anerkennung ihrer Organisation, welche die Unternehmer niederringen wollten.

Sie erkämpften neben den materiellen soviel ideale Erfolge, daß die deutsche Arbeiterschaft den Werftarbeiterstreik von 1910 in aller Zukunft als einen Meilenstein in der Geschichte ihrer Fortschritte ansehen wird!

Die Revolution in Portugal.

In dem Gewirr von Nachrichten, die über die Vorgänge in Portugal einlaufen und die zum großen Teile durchaus widerspruchsvoll und wenig glaubwürdig sind, bleibt doch eins sicher:

Die Republik ist proklamiert und der König ist geflüchtet.

An der Spitze der provisorischen Regierung steht Leopoldo Drago, ein auch über die Grenzen Portugals berühmter

Mann von ehrenhafter Vergangenheit und erprobtem Liberalismus, ein unerbittlicher Gegner der Klerisei. Das verbürgt uns: die neue Regierung wird liberal und vor allem antiklerikal sein.

Das ist erklärlich, denn die erste Aufgabe, die der Regierung harrt, muß unter den gegebenen Verhältnissen darin bestehen, die Macht der Klerikalen zu brechen. So lange das nicht geschehen ist, ist die neue Republik in Gefahr.

Wenn behauptet wird, daß die Lissaboner Regierung einen Ansturm der konterrevolutionären Provinz auszuhalten haben wird, so scheint uns das durchaus nicht wahrscheinlich. Kemmer des Landes behaupten — unter Hinweis besonders auf die letzten Wahlen — daß die Provinz durchaus nicht anti-republikanisch ist, sondern, daß sowohl in den Städten, als auf dem flachen Lande die Republikaner sehr starken Anhang haben. Freilich können hier und da konterrevolutionäre Ausbrüche von Seiten der von den Pfaffen fanatisierten Bevölkerung erfolgen, und sie werden der Regierung manche Schwierigkeiten bereiten, aber sie dürften unter keinen Umständen den Bestand der Republik in der nächsten Zeit bedrohen.

Anderes wäre es freilich, wenn die Truppen in der Provinz sich gegen ihre revolutionären Kameraden wenden. Inbessenen würde der Vormarsch dieser Truppen auf Lissabon wohl sofort begonnen haben und man würde die Nachrichten darüber alsbald in Spanien erhalten und natürlich mit allem Eifer weiter geben. Derartige Nachrichten liegen indessen zur Stunde nicht vor. So ist zu hoffen, daß es zu Kampfen um den Bestand der Republik nicht mehr kommt. Es scheint im Gegenteil, daß mit ganz wenigen Ausnahmen die Truppen auf Seiten der Revolution sind.

Ein anderes Moment, das in Betracht zu ziehen wäre ist die Gefahr einer Intervention der fremden Mächte. Aber eine solche besteht nicht. Freilich würden alle die „von Gottesgnaden“ aus Solidarität eingreifen, wenn sie könnten. Nicht aus Liebe zu dem Jünglinge, der da gegangen wurde, aber aus Prinzip. Denn wer soll denn noch das „Gottesgnadentum“ ernst nehmen, wenn ein paar Kanonensoldaten, genügen um die Herrlichkeit zusammenprasseln zu lassen, wie ein Starterhaus und kein Gott die Geschickte zum Schweigen bringt und die Frevler, die die Hand gegen das gefaltete Haupt erheben, in Grund und Boden donnert?! Zumal dieses gefaltete Haupt von Portugal ja von Frömmigkeit triefte. Es würden also die anderen Gefalteten sicher gern ein wenig Vorsehung spielen. Zum Glück dürfen sie nicht und müssen zähneknirschend zuschauen, wie leicht so ein Thronchen purzelt.

Der Nächstebeteiligte ist der Nachbar in Spanien, denn die Salven in Portugal dröhnen hinüber nach Madrid und lassen ihn um das eigene Schicksal zittern. Aber was kann der gute Alfonso tun? Soll er im Vertrauen auf das Gottesgnadentum die Armee mobilisieren oder die Kriegsschiffe auslaufen lassen? Er wird sich hüten! Denn noch sind die Tage von Barcelona, Madrid, Valencia und Bilbao nicht vergessen. Man kann sicher sein: die spanischen Truppen würden nicht marschieren. Das heißt nicht gen Lissabon, al — vielleicht gen Madrid!

Soll etwa der neugebadene König von England seine Armada entsenden? Aber abgesehen davon, daß auch hier der Befehl kaum ausgeführt würde, ist dafür gesorgt, daß er nicht gegeben wird. England ist von allen Staaten am stärksten wirtschaftlich in Portugal interessiert; die englische Bourgeoisie aber weiß ganz genau, daß es in ihrem Interesse ist, wenn das Land, nach dem sie Waren absetzt, aufblüht, und sie sieht sicher in der Beseitigung der monarchisch-pfaffenhaften Wirtschaft die Gewähr hierfür. Diese englische Bourgeoisie weiß genau, daß es sich um eine bourgeoise Republik handelt, sie fühlt sich solidarisch mit den portugiesischen Klassengenossen. Deshalb würde man eine romantische Regierung des Königs zum Schutze des monarchischen Prinzips einfach ausladen.

In der gleichen Lage ist auch König Viktor Emanuel: italienische Flotten und Schiffsgeschwader würden nicht gegen die portugiesischen Republikaner losgehen.

Sollen wir von den übrigen „Gefalteten des Herrn“ sprechen? Es lohnt nicht, denn es ist eine feststehende Tatsache, daß kein Kulturvolk der Welt sich heute dazu mißbrauchen ließe, sein Blut zu vergießen zum Schutze der Krone auf irgendeinem Köpchen. Nein, es ist nichts mehr mit dem Legitimitätsprinzip. Die Vernunft hat gesiegt und die republikanischen Ideale der Proletarier schätzen die Welt vor dem Unglück eines Krieges zur Verfechtung dieses Prinzips. Vom Auslande droht also sicher der neugeborenen Republik nicht die geringste Gefahr.

Allerdings: eine solche Gefahr würde alsbald entbreimen, wenn diese Republik nicht pünktlich die Schuldzinsen zahlen würde. Hier ist der Punkt, wo die Bourgeoisie empfindlich ist! Man weiß das in Portugal sehr genau und es ist bemerkenswert, daß die revolutionäre Regierung mit fast komischer Hast sich beeilt, in die Welt zu telegraphieren, daß sie pünktlich die Verzinsten zahlen wird. Das schien ihr die allererste Pflicht, um das Verhältnis zur übrigen bourgeoisen Welt klarzustellen. Die Verzinsten, ja die Verzinsten! Sind sie gesichert, dann ist das übrige Nebensache.

Auch ein Präsident hat sich beeilt, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es sitzt da in Oesterreich so ein braver Dom Miguel de Braganza, der „wohlüberdachte Ansprüche“ auf die Krone Portugals hat. Der gute Mann hat

erklärt, daß er zwar sich in die Geschichte nicht mische, wenn man ihn jedoch rufe, sei er bereit, dem Rufe zu folgen. Nun, „man“ wird sich bedanken. Einen dummen Jungen zu vertreiben, um einen alten Narren an seine Stelle zu setzen, der nur durch Weibergeflücht und Schuldenmassen bekannt geworden ist, dazu macht man keine Revolution.

Somit droht der Republik kaum eine unmittelbare Gefahr. Die weitere Entwicklung der Dinge bleibt abzuwarten.

Auf der andern Seite darf man gespannt sein, wie die revolutionäre Umwälzung auf das Nachbarland Spanien einwirken wird. Denn jenseits ist sicher, daß das Infanterieregiment mit seiner Unduldbarkeit und seiner Miswirtschaft einen gewaltigen Stoß erhält.

Kein Wunder daher, wenn die schwarze Internationale ganz aus dem Häuschen ist. Daß sie wohl einbezogen ist, beweist die Einmütigkeit, mit der ihre Presse auf das Ereignis reagiert. Aus Rom meldet ein Telegramm, daß der „Osservatore Romano“ (das hierale Organ) einen Bericht aus Lissabon veröffentlicht,

„worin die Schuld an der Gärung, den Umsturfsplänen und dem drohenden Siege der Republikaner den Freimaurern beigegeben wird. Der „Osservatore“ urteilt, daß die unmittelbare Ursache der Revolution im Nachlassen der früheren Energie und Wachsamkeit der Regierung zu suchen sei, und hofft, daß die europäischen Mächte nicht untätig zusehen werden.“

Ganz dieselbe Note schlägt die „Germania“ an: „Verfehlt war auch die Politik des ewigen Entgegenkommens gegen die Republikaner. Sie steigerte immer mehr das Missetgefühl der Republikaner, statt sie zu versöhnen, und führte schließlich dazu, daß die Republikaner zum entscheidenden Schritte gegen die Monarchie ausholten. . . Die eiserne Faust eines Franco nur hätte die Republikaner im Zaume zu halten verhindert, vorausgesetzt, daß gleichzeitig mit dem strengen Regime eine durchgreifende Reform der inneren Verwaltung hätte durchgeführt werden können.“

Nun aber erst die „Königliche Volkszeitung“! Die donnert los im Tone des Abraham a Santa Clara:

„Nun wird wohl auch den begriffstuhligsten Lesern jener liberalen Blätter, deren Berichterstatter auf die Denksucht oder tödliche Verblöding ihres Publikums rechneten, ein Licht über den großen Schwund aufgegangen sein, den diese Berichterstatter in ihren Blättern mit einer angeblich denkwürdigen „Klerikalen Revolution“ getrieben haben. In Portugal handelt es sich schon lange darum, Monarchie und Ordnung aufrechtzuerhalten gegenüber dem Umsturz, auf dessen Seite sich so manches deutsche und angeblich der Monarchie so treue Blatt gestellt hat, weil in die Monarchie, die sich in Portugal Republikanismus nennt, auch ein hoch antiker Geist sich ergießt. In dieser Monarchie finden sich neben nur allgemein Unzufriedenen auch die Straßensoldaten und die Königsmörder zusammen.“

Seit dem Königsmord steht das Königtum nur auf sehr unsicheren Füßen in Portugal, denn die Republikaner arbeiten mit allen Mitteln der List und Gewalt, der Verleumdung und Verhöhnung, und die liberal-radikale Regierung nahm eine so zweideutige Haltung an, indem sie mit der äußersten Linken liebäugelte, daß alle, die es mit der Erhaltung geordneter Zustände und mit der Monarchie gut meinten, sich energisch zusammenschließen mußten, um zu retten, was auf dem Spiele stand.“

Die portugiesische Regierung im Verdacht der liberalen Nachgiebigkeit! Das ist ein starkes Stück. Man sieht, worauf es hinausgeht: die Klerikale Bande bringt sich den Regierung in Erinnerung unter Verhufung auf Francos „eiserne Faust“! Nun: die Spuren schreien! Für jeden Denkenden ist es klar, daß diese eiserne Faust die Revolution herbeiführt. Will das Zentrum es damit in Deutschland versuchen? Will es ein Längchen wagen? Nur zu, wir spielen auf!

Nachstehend die wichtigsten Telegramme:

Lissabon, 5. Oktober. Ministerpräsident Canalejas empfing heute abend Journalisten und gab ihnen an Hand der bei der spanischen Regierung eingelaufenen Berichte folgende Darstellung von den Ereignissen in Lissabon: Gestern nacht gegen 1½ Uhr wurde die Bevölkerung Lissabons durch 21 Kanonenschüsse aufgeweckt. Alles eilte auf die Straße oder stürzte zum Fenster, um zu sehen, was los sei. Man sah nach allen Richtungen Menschen laufen, während Trompeten zum Sammeln bliesen. Die Revolution war ausgedehnt, die 21 Kanonenschüsse waren das Signal. Die sofort mobil gemachte Polizei warf sich auf die Aufständischen, wurde aber von diesen mit Bomben empfangen. Rummeln wurden Truppen zu Hilfe gerufen, aber von ihnen ging ein Teil sofort zu den Revolutionären über, während der andere der Pflicht und der Monarchie treu blieb. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, und bald fielen Tote und Verwundete. Besonders die Artillerie forderte zahlreiche Opfer. Den Revolutionären gelang es, sich des Soldatenbarracks in der Nähe des Schlosses Residência zu bemächtigen. Als der König sah, was vorging, verließ er auf den Rat von vier seiner Vertrauten das Schloß und begab sich mit ihnen an einen sicheren Ort, während der Kampf in den Straßen weiter tobte. Die Revolutionäre errichteten Barricaden und schickten Abteilungen aus, welche die Straßen sperren und die Telegraphenstationen abschneiden sollten. Im Laufe des Tages trafen dann aus verschiedenen Provinzen Truppen in Lissabon ein, die sich mit den treu gebliebenen vereinigten (1), so daß sich die beiden Parteien umgesehrt das Gleichgewicht halten. Ich glaube, sagte Canalejas hinzu, daß die Königin Annalie ihr Schloß in Cintoa nicht verlassen hat, und ich weiß, daß die ausländische Bewegung in der Provinz nicht unterdrückt wird. Das spanische Kriegsschiff Rumanica ist nach Lissabon in See gegangen.

Wabissa, 6. Oktober. Es geht das Gerücht, die königliche Familie sei gefangen an Bord eines Kriegsschiffes. Die Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 10 waren in Republikaner und Monarchisten gespalten. Zwischen beiden Teilen fand ein Kampf statt, in dem die Republikaner siegten. Der Oberst, mehrere Offiziere und eine Anzahl Soldaten fielen. Der Rest ging zu den Republikanern über. Das Infanterie-Regiment Nr. 6 und das Jäger-Regiment Nr. 1 verließen das Infanterie-Regiment Nr. 10. Ein Artillerie-Regiment griff unter dem Kommando von Sergeanten trotz des Widerstandes des Obersten und der Offiziere die Kanone an. Ein Arsenal wurde eingenommen und die dort lagernden Waffen unter die Bevölkerung verteilt. In der Provinz Lissabon tobte ein heftiger Kampf, bei dem die Artillerie die Hauptrolle spielt. Die Aufständischen sind ausgezeichnet bewaffnet. Das Regiment Nr. 4, das in Elvas in Garnison steht, ist nach Lissabon abmarschiert.

Madrid, 6. Oktober. Reisende, die aus Lissabon geflüchtet sind, berichten: Die Revolution wurde eingeleitet durch ein Proklamationsdekret, an dem die Bevölkerung sich anfänglich nicht beteiligte. Artillerie-Regimenter schossen auf die Bildgarde und einige dem König ergebenen Truppenteile. Die Aufständischen besetzten alle strategischen Punkte der Hauptstadt. Die Fahne der Republik weht auf dem königlichen Palais und den öffentlichen Gebäuden. Gestern früh ist die Republik erklärt worden.

Lissabon, 6. Oktober. Die englische Regierung hat den in Gibraltar stationierten englischen Kriegsschiffen Befehl erteilt, unverzüglich nach den portugiesischen Gewässern abzugehen. Offiziell werden diese Kriegsschiffe entsandt, um die englischen Interessen wahrzunehmen. Der Londoner „Morning Post“ erklärt sich jedoch ermächtigt, mitzutheilen, daß diese Schiffe die Mission erhalten haben, wenn notwendig, dem König eine Zufluchtsstätte zu gewähren und ihn in jeder Weise beizustehen, sich in Sicherheit zu bringen. Es ist sicher, daß König Manuel sich an Bord

des „Sao Paulo“ befindet; ein hier eingegangenes drahtloses Telegramm bestätigt dies in formeller Weise. Andererseits gilt es ebenfalls als sicher, daß der König sich nicht an Bord des „Newcastle“ befindet, denn sonst hätte die englische Regierung die bezügliche Nachricht erhalten. Außerdem ist es sicher, daß der König das königliche Palais verlassen hat, denn das Bombardement des Palastes durch die Kriegsschiffe wurde erst in sinkender Nacht eingeleitet.

Paris, 6. Oktober. Der heutige Ministerrat wird sich mit den Ereignissen in Portugal beschäftigen und entscheiden, ob ein französisches Kriegsschiff nach Portugal entsandt werden soll. Nach Vereinbarungen aus Lissabon soll sich der König, die Königin-Mutter und Großmutter nach Madeira, ungefähr 7 Meilen von Lissabon entfernt, geflüchtet haben. Madeira besitzt ein königliches Schloß sowie eine starke Garnison. Zusammen sind die Nachrichten über den wirklichen Aufenthalt des Königs noch sehr widersprechend.

Lissabon, 6. Oktober. Ein Telegramm aus Lissabon meldet, daß der durch das Bombardement der Kriegsschiffe in der Stadt angerichtete Schaden sehr bedeutend ist. Namentlich ist die Umgebung des Schlosses fast vollständig zerstört. Die neue Regierung führt ein strenges Regime. Die fremden Konsulate und ausländischen Konsulate werden von Marinetruppen bewacht.

Wien, 6. Oktober. Der Präsident der portugiesischen Republik Braga zeigte heute in einem Telegramm der österreichischen Regierung die Proklamierung der Republik in Portugal an. Gleichzeitig verbürgt er sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und völliger Ordnung im Lande. Das auswärtige Amt wird vorläufig diese Note nicht beantworten, sondern zunächst den ausführlichen Bericht des österreichisch-ungarischen Konsuls in Lissabon und die weitere Entwicklung der Dinge in Portugal abwarten.

Paris, 6. Oktober. Der portugiesische Gesandte in Paris zeigte heute nachmittags ein wenig Hoffnung auf Rettung der Monarchie. Er und seine Umgebung glauben, berechtigten Grund zu haben, der Nachricht Glauben zu schenken, wonach die Truppen der Garnison Elvas, welche der spanischen Festung Badajoz gegenüberliegt, sowie die Mannschaften der Division von Oporto auf die Hauptstadt marschieren, um die Revolution niederzukämpfen. Als Sammelplatz wird Santarem im Tezotalo genannt. (Der Herr Gesandte hat sich aber köje geirrt, wie das weitere Telegramm beweist. Redaktion.)

Paris, 6. Oktober. Der französische Gesandte in Lissabon hat dem Minister des Äußeren durch drahtloses Telegramm von einem der englischen Schiffe berichtet, daß die Republik ausgerufen ist. Der Aufenthalt des Königs sei nicht zu ermitteln. Die Truppen der Festung Elvas sollen sich der provisorischen Regierung angeschlossen haben.

Oporto, 6. Oktober. Es herrscht hier große Unruhe und die Nachrichten aus Lissabon werden mit Ungeduld von der Menge erwartet, welche nach dem Mittelpunkt der Stadt drängt. Vor der Redaktion des republikanischen Blattes „Patrie“ veranstaltete die Bevölkerung eine große Demonstration, um der Sympathie mit der Revolution Ausdruck zu geben. Die Passen wurden von der Polizei mit Gewalt gestreut. Auf die Polizeibeamten wurde aus dem Redaktionsgebäude ein Hagel von Gegenständen jeder Art hinabgeschleudert. Die Beamten nahmen den Kampf auf, in welchem zwei von ihnen und dreizehn von den Gegnern verundet wurden. Schließlich wurden die Redaktionsräume besetzt, die dort befindlichen Personen zunächst verhaftet, später jedoch wieder in Freiheit gesetzt.

Lissabon, 6. Oktober. Der Militärgouverneur von Lissabon, General Bargas, kürzte sich, nachdem er sah, daß die Situation für die Monarchie verloren sei, von dem hohen Wallen des Schlosses auf die Straße hinab und war sofort tot.

Madrid, 6. Oktober. Eine hiesige Großbank hat eine private Meldung aus Lissabon erhalten, demzufolge König Manuel der Befürworter der Revolutionäre sein soll. Eine Bestätigung der Nachricht steht noch aus. In Oporto herrscht vollkommene Ruhe.

Lissabon, 6. Oktober. Dem Auswärtigen Amt ist heute auf drahtlosem Wege die Aufforderung zugegangen, zugunsten des englischen Konsuls in Portugal zu intervenieren, da ein Bürgerkrieg unvermeidlich sei. Die Absender des Telegramms sind die bedeutendsten englischen Firmen Lissabons und Oportos, die Weinstimmen Sandeman und von Barley und die bekannte Firma Cool. Sie verlangen die Landung von 2000 Mann Marinetruppen. Cool hatte bekanntlich dem Vater des jetzigen Königs, dem ermordeten Carlos, 50.000 Pfund geliehen, zu deren Rückzahlung sich König Manuel bei der Thronbesteigung verpflichtet hatte. Cool befürchtet jetzt den Verlust seines Geldes.

Politische Geschäftsmacherei.

Mit einer Skrupellosigkeit und Verlogenheit, die ihres Gleichen sucht, hat die sogenannte „anständige“ Presse die von der Polizei in Moabit inszenierten Straßenscenen als Revolutionserzählungen der Sozialdemokratie darzustellen versucht, um die Folgerung zu ziehen, daß dann, wenn nicht recht bald ein neues Sozialistengesetz fabriziert und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in reichlichem Maße zur Aberlassen würde, der kleinen Revolution in Moabit binnen kurzen eine große nach dem französischen Muster der Jahre 1789/94 folgen werde. Der perfide Plan, auf diese Weise für eine „verbesserte“ Auflage des Bismarckschen Sozialistengesetzes Stimmung zu machen, war recht fein ausgedacht; aber das frivole Spiel ist dank der Ungeschicklichkeit der Berliner Polizeiwirtschaft gründlich mißlungen. In dem Eifer, den „Aufruhr“ möglichst zu forcieren und überall glänzende Akzente zu reiten, hat die ehrsame Polizei so wenig Maß gehalten, daß die Wirkung eine ganz andere geworden ist als sie beabsichtigte. Sie hat in Deutschland selbst in gutgeleiteten bürgerlichen Kreisen die schärfste Opposition gegen ihr Treiben hervorgerufen und sich im gebildeten Ausland, in dem man ohnehin schon längst spöttisch lächelte, wenn die preussischen Polizei erwähnt wurde, ein Renommee erworben, das dem der berüchtigten schwarzen Hunderte in Russland kaum nachsteht.

Unter diesen Umständen ist auf die Durchführung des heiser-erhöhten neuen Sozialistengesetzes nicht zu rechnen. Aber ganz unangenehm möchten die journalistischen Kämpfer für das Wohl des deutschen Vaterlandes doch die ihrer Meinung nach günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, und so ziehen sie jetzt aus der „Moabiter Revolution“ allerlei schöne und weise „Lehren“, in deren Verlauf sie regelmäßig zu der Folgerung kommen, das Koalitionsrecht müsse eingeschränkt und der Schutz der sogenannten Arbeitswilligen beträchtlich verstärkt werden. Besonders Hervorragendes leistet in dieser Argumentation natürlich das Blatt der Hammersteinlinge, die „Kreuz-Zeitung“. Nachdem sie in einem „Die Lehren der Moabiter Krowalle“ betitelten Leitartikel ihrer letzten Nummer allerlei Nebenarten über „die falsche Anwendung des Begriffs der Koalitionsfreiheit“, über gewerkschaftlichen „Koalitionszwang“, ewige „Streikunruhen“, „sozialdemokratische Verheerung“, „schränkenlose Herrschaft des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Boykotts“ usw. zusammengestellt hat, stellt sie folgende Forderungen: „Bei dem bevorstehenden Erlaß eines neuen Strafgesetzbuches wäre wahrscheinlich die beste Gelegenheit, einmal nach

jeder Richtung hin zu überlegen, in welcher Weise ein strenger Schutz der Arbeitswilligen erreicht werden kann. Schon jetzt sollte der Reichstag fordern, daß die Reichsregierung sowie die Landesregierungen ihre untergeordneten Organe anweisen, alles Material zu sammeln, das hier von irgend welcher Bedeutung sein kann. Jeder Streikergetz, jeder Ausbruch sozialdemokratischer Boykotts und alles, was damit zusammenhängend, mühe registriert und unter bestimmten Gesichtspunkten geordnet werden, damit der Reichstag einmal einen Blick in jene Welt des sozialdemokratischen Terrorismus, der gewissermaßen unter den Auspizien der gegenwärtigen Rechtsordnung äppig ins Staatslicht tritt, tun kann. . .

Man muß sich ernstlich mit dem Gedanken befassen, ob nicht wirksame Garantien gegen die Ausbreitung des Streikpotentials getroffen werden können und ob nicht, falls dies nach den bisherigen Erfahrungen nicht anscheinbar ist, das Streikpotenzen überhaupt verboten werden soll. Denn tatsächlich sollen die Streikpotenzen doch verhindern, daß Arbeitswillige sich einfinden. Und zwar soll dies durch Drohung und sonstige Handlungen erreicht werden, die in anderen Fällen von dem Strafrecht betroffen werden. Im Reichstag hat man sich gerade in der letzten Zeit bemüht, den einzelnen Gesetzen einen „sozialen Charakter“ zu geben. Auch bei der Beratung eines neuen Strafgesetzbuches wird dieses Moment wiederum eine Rolle spielen. Hoffentlich wird dann nicht der Fehler begangen, dieses „soziale Moment“ zu einseitig herbeizuleiten. Die Koalitionsfreiheit darf nicht zu einem schrankenlosen Austoben ausarten, sie darf nicht zum Koalitionszwang werden, wie ihn die Sozialdemokratie heute so äppig kultiviert. Darum ziehe man bei Zeiten die Folgerungen, die sich aus Vorfällen, wie die Moabiter Krowalle ergeben haben.“

Also wenn kein Sozialistengesetz — dann wenigstens eine Einschränkung des Koalitionsrechts!

Auch die Klerikale „Germania“, das geflügelte Blatt des Erfinders des schönen Auspruchs vom verheerenden West, zieht aus den Moabiter Vorkommnissen schöne Lehren. Selbstverständlich schimpft das Blatt der Geschorenen nicht minder auf die sozialdemokratische Hege als das Blatt der Geschickelten; aber in der Ausnutzung der Moabiter Unruhen für das politische Geschäft ist es seiner Kollegin doch um ein Beträchtliches über. Es wendet sich an die Regierung oder vielmehr an Wilhelm II. und sucht dort den Glauben zu erwecken, daß das beste Mittel gegen die drohende sozialdemokratische Revolution darin bestehe, den Klerus ganz nach Belieben wirtschaften zu lassen und vor allem, ihm die Säule auszuliefern. Stolz erinnert die „Germania“ an den Ausdruck des neuesten Klerikalen Kirchenheiligen, des verstorbenen Leopold von Belgien: „Die Katholiken machen keine Revolution“, und fährt dann fort:

„Aber unsere maßgebenden Staatsmänner sehen offenbar auf dem Standpunkt, daß der Staat im Interesse seiner Souveränität die Macht der Kirche brechen müsse und die soziale Frage ohne die Kirche lösen könne. Es ist uns wirklich ein Rätsel, wie man nach den Erfahrungen der letzten Jahre noch an die Möglichkeit glauben kann, allein durch Gesetze und Polizeiverordnungen die sozialistische Gefahr zu überwinden zu können. . .“

Der liberale Protestantismus hat eine unheimliche Macht und Ausdehnung gewonnen. Selbst unter den protestantischen Theologieprofessoren ist die Zahl der positivist gerichtet gering geworden. Aus dem religiösen Liberalismus wie aus dem Liberalismus überhaupt bezieht der Umsturz seine Freunde und Förderer. Würde also der Staat dem Liberalismus in allen seinen Verzweigungen einischlossener entgegenzutreten, würde er etwas tun zur Hebung der christlichen Gesinnung, würde er dem Katholizismus keine Hemmnisse entgegen, dann wäre mehr für seine Erhaltung und die bestehende Gesellschaftsordnung geschehen, als durch alle geschicklichen Maßnahmen, so gut und lobenswert sie an und für sich auch sein mögen. Wird der Staat sich zu der Anwendung eines so einfachen antirevolutionären Gegengiftes herbeilassen? Wird er der Kirche Raum genug geben, um durch die Erneuerung des christlichen Geistes Liebe und Gerechtigkeit zu fördern und so ihr Teil zur Lösung der sozialen Frage beizutragen? Aber er ist zu sehr gewohnt, die Kirche als gefährdete Nebenbuhlerin zu betrachten und zu behandeln. Wir haben das längerer getan, indem wir die Regierung einmal ernstlich auf den wunden Punkt hinwiesen. Videant consules!“

Klerikale Volksverblöding als Gegengift gegen die Revolution! Die ehrsame „Germania“ hätte sich hüten sollen, dieses schöne Mittel gerade jetzt zu empfehlen, nachdem es sich erst wieder in Portugal so herrlich bewährt hat. Wenn wir alle die größeren und kleineren Revolutionen und Revolten West- und Südosteuropas in den letzten Jahrzehnten betrachten, dann finden wir fast stets als Hauptursache die Erbitterung über die schänderhafte Interessen- und Klüngelwirtschaft eines verkommenen Klerus. Und nun empfindet die „Germania“ diesen selben Klerus als Antirevolutionärgift. Tatsächlich gibt es kein sichereres Mittel, auch in Deutschland die Revolution heraufzubeschwören, als das deutsche Volk völlig der Herrschaft dieses Klerus auszuliefern.

Die beschleunigte Klassenjustiz.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ erfährt, werden die Ermittlungen gegen die aus Anlaß der Polizeiangriffe in Moabit Angeklagten außerordentlich beschleunigt. Es ist dies die Folge einer höheren Anordnung, damit die Akten möglichst bald der Staatsanwaltschaft zugestellt werden können. Auch die gerichtliche Untersuchung soll als dringlich behandelt werden. Dem Vernehmen nach werden die ersten Hauptverhandlungen auf Ende dieses Monats angesetzt werden. Spätestens Ende November sollen sämtliche Hauptverhandlungen stattgefunden haben.

Die neueste Schauernär aus Moabit.

„Neue schwere Ausschreitungen“ — „Das geheime Fehmgericht in Moabit“, so und ähnlich lauten die Titel sensationeller Meldungen der bürgerlichen Presse, in denen das Folgende berichtet wird:

Eine neue schwere Ausschreitung ist gestern (Mittwoch) abend in Moabit vorgekommen, nachdem die Polizei ihre Schutzmaßregeln im wesentlichen aufgehoben hat. Der Arbeiter Otto Weissmidt aus der Wankelstraße 9, der auf dem Kohlenplatz von Hüfner u. Co., in der Sidimgenstraße arbeitete, wurde gestern abend, als er sich auf dem Heimwege befand, in der Verlichingensstraße von sechs Männern angesprochen und gefragt, wie er dazu komme, auf dem Kohlenplatz zu arbeiten; er wisse doch, daß dort gestreift werde. Ohne erst eine Antwort abzuwarten, schlugen die Männer Weissmidt nieder, mißhandelten ihn und ließen ihn dann liegen. Unwissentlich begab sich der Heberfallene nach seiner Wohnung, ging aber trotz seiner Verletzungen alsbald wieder aus, weil er seine Mutter, die in der Nähe wohnt, sprechen wollte. Als er aus dem Hause trat, nahmen ihn sofort wieder die sechs Mann in ihre Mitte und brachten ihn nach der Schankwirtschaft von Pfannenbaum in der Rostocker Straße. Hier führten sie ihn in ein

Unterammer an einen „Gerichtstisch“, verhörten ihn und boten ihm unter Androhung schwerer Strafe, bei Kupfer u. Co. weiter zu arbeiten. Sie versprachen ihm auch, ihm andere Arbeit zu verschaffen, nahmen ihn wieder in die Mühle und führten ihn in der Richtung nach Wilmersdorf zu ab. Welschmidt glaubte, daß man ihm die neue Arbeitsstelle zeigen wolle. Statt dessen fielen seine Begleiter in der einsamen Gegend von neuem über ihn her und mißhandelten ihn abermals schwer. Dann begleiteten sie ihn noch nach Hause zu und entließen ihn endlich mit der Drohung, daß sie ihn fortzuschlagen würden, wenn er noch weiter arbeite. Die Polizei hat alsbald Nachforschungen nach den Tätern eingeleitet.

Nach den Ermittlungen, die wir sofort angestellt haben, ist der wirkliche Tatbestand in dieser Schauermaid ein recht magerer. Die ganze Erzählung schrumpft dahin zusammen, daß ein Arbeitswilliger von Kupfer u. Co. von drei Arbeitern auf der Straße angehalten wurde und im Laufe der Auseinandersetzung in der Hitze von einem Arbeiter ein paar Ohrfeigen bekommen hat. Der Vorfall ist sehr bedauerlich, der betreffende Arbeiter ist sehr zu tadeln, daß er in solcher Situation die Selbstbeherrschung verlor, und sich zur Mißhandlung fortreiben ließ. Sein Verhalten wird unter der organisierten Arbeiterschaft unterschiedene Beurteilung finden sowohl an sich, als auch, weil es der Sache der Streikenden schadet und die öffentliche Meinung zu ihren Ungunsten beeinflusst, wie es sich in der sensationellen Aufschauung der Affäre schon deutlich zeigt. Eine Verurteilung der ersten Meldung erfolgt gewöhnlich nicht, so sehr Recht und Billigkeit, wie in dem vorliegenden Falle, sie auch fordern. Die Polizei selbst muß wissen, wie sehr die ganze Schilderung übertrieben ist, denn nach der angeblichen Mißhandlung ging der „Blutüberströmte“ Arbeiter Otto Welschmidt mit vier Säuglingen von der Gegend des Kohlenplatzes bis zur Ecke von Turm- und Weisstraße. In Wirklichkeit trug der Mann keinerlei Verletzung davon und kein Tröpfchen Blut ist geflossen! Und das geheime Gericht der Fehme sah auch ganz anders aus. Der Arbeiter Otto Welschmidt war ganz vergnügt dabei und ließ sich Bier und belegte Butterbrote gut schmecken, die die Teilnehmer dieses „Fehmegerichts“ mitleidig bestellen als er klagte, daß er Hunger habe. — Die übrigen Erzählungen über Fehmegerichte, die noch außerdem umlaufen, tragen den Stempel des Schwindels an der Stirn. Einige Arbeiter hatten Otto Welschmidt, nachdem er seine Wohnung wieder verlassen hatte, nach einer Gastwirtschaft — nicht zu Pflaumbaum — gebracht, wo er versprach, sich den Streikenden anschließen zu wollen. Am nächsten Morgen, um 5 1/2 Uhr, ließ er sich aber von einem Schuttmann nach dem Kohlenplatz bringen und begann zu arbeiten.

Gerüchte von Ueberfällen und Zusammenstößen entstehen jetzt leicht in Moabit, die wirklichen Vorfälle sind aber gewöhnlich nur geringfügig.

Die Streikposten werden verjagt; ein Nachtwächter erklärte einigen Posten, sie würden sofort abgeführt, wenn sie sich wieder blicken ließen. Trotzdem ist es gelungen, von zehn Arbeitswilligen, die in diesen Tagen eingekerkert wurden, sechs wieder herauszuholen; auch der siebente wollte aufhören, aber man machte ihm Schwierigkeiten in der Aushändigung seiner Papiere.

Die andere Seite der Sache!

Wie haben oben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Mißhandlung eines Arbeitswilligen, wie sie im Fall Welschmidt vorgekommen ist, entschieden verurteilen, wenngleich sie bedeutend harmloser ist, als sie in den sensationell aufgeputzten Schauerberichten der bürgerlichen Presse erscheint. Darüber darf man aber nicht vergessen, daß die Streikenden fürchtbar gereizt worden sind! Das Auftreten der Arbeitswilligen als Revolverhelden und Prügelsuppe hat naturgemäß böses Blut gemacht, sobald es, wenn auch nicht entschuldigend, so doch menschlich immerhin begreiflich ist, wenn ein Streikender gegenüber einem Arbeitswilligen einmal nicht die nötige Ruhe bewahren kann.

Nach den Mitteilungen einer Korrespondenz ist die Polizei schon eifrig dabei, dem schauerlichen Fehmegericht nachzuforschen, das nach dieser Korrespondenz noch in drei Fällen „Verurteilungen“ zu Prügelsuppe — freiem Mittagessen und Geldunterstützung ausgesprochen haben soll. Der helle Blick zeigt dieser Meldung an der Stirn geschrieben.

In der Gastwirtschaft von Pils sind denn schon einige Verhaftungen von Streikenden in der Affäre vorgenommen. Die gerichtliche Untersuchung wird sicherlich zeigen, daß an dem Schwindel bestenfalls ebensowenig wahr ist, wie an der Meldung von den Waffentritten, die nach den paar Ohrfeigen geflossen sein sollen, die der Arbeitswillige Welschmidt erhalten hat.

Angebracht wäre es jedenfalls, wenn die Polizei den Eifer, den sie hier entwickelt hat, an die Auffklärung des furchtbaren Falles Bolshow wenden wollte, den wir gestern hier mitteilten. Niemand, auch die Polizei nicht, hat unserer Meldung widersprochen! Man kann es nicht, denn man weiß, daß sie Wort für Wort der Wahrheit entspricht. Es ist Tatsache, daß werlose Personen den Arbeitswilligen zum Verprügeln vorgeworfen worden sind, daß sie von diesen Köhlingen halbtot geschlagen worden sind! Es sind und inzwischen noch mehrere derartige Fälle mitgeteilt worden, und unsere Recherchen haben ergeben, daß diese Darstellungen, die sich schier unglaublich ändern, grausame Wirklichkeit wiedergeben!

Was hat, so muß man angeführt werden fragen, das Polizeipräsidium getan, die Schuldigen im Falle Bolshow festzunehmen? Was wird es tun, um festzustellen, wer diese bestialischen Ausschreitungen auf dem Gewissen hat, denen gegenüber die paar Ohrfeigen, die ein durch diese entsetzlichen Geschehnisse erbitterter Streikender einem Arbeitswilligen versetzte, verschwinden wie ein Raucherqualm neben dem Chimborasso!

Das Blut fließt dem Kulturmenschen, wenn er sich vergegenwärtigt, was deutschen Bürgern des 20. Jahrhunderts unter den Augen von Polizeibeamten angetan werden konnte! Aus dem Altertum sind uns die entsetzlichen Grausamkeiten der römischen Herrscher überliefert, die Sklavens wilden Tieren vorwerfen ließen! Ist die Tatsache, daß man werlose Personen den Anstalten der Arbeitswilligen anliefernte und sie in entsetzlicher Weise verprügeln ließ, weniger gräßlich?

Fürwahr, wie finden keinen großen Unterschied! Noch einmal: wir verurteilen, daß dem Arbeitswilligen Welschmidt ein paar Ohrfeigen versetzt wurden, aber im letzten Grunde tragen jene daran die Schuld, die durch die Bildung der Greuel der Arbeitswilligen die inartbare Erbitterung gestiftet haben, die den Fall Welschmidt zeitigte!

Die Verhaftungen in der Wirtschaft Pils.

Ueber die oben schon gemeldeten Verhaftungen wird uns noch mitgeteilt:

In der sechsten Abendstunde gestrigen Tages besetzten Polizisten in Zivil und Uniform das Schaufflor von Pils, Poststraße 28, und stellten sämtliche Gäste fest, um dann unter Ausschluß von 4 Kupferischen Arbeitswilligen eine Kuchele zu halten. 5 bis 6 Gäste, die von den Arbeitswilligen bezeichnet worden waren, wurden dann samt dem Inhaber des Lokals, Pils, verhaftet und nach der Polizeistation gebracht, nachdem die Beamten sämtliche Schanz- und Wehrräume und selbst den Keller eingehend durchsucht und auf dem Keller einen Plan von den Mäulichkeiten entworfen hatten. Der Frau Pils ließ die Polizei sagen, daß, wenn sie ihren Mann nochmal sprechen wolle, sie um die Mittagszeit des nächsten Tages nach der Verleererer Straße, Ecke Mathematenstraße kommen solle, wo sich das Streikflotz (?) befinde. Dort könne sie ihren Mann nochmal sprechen, mit dem „Streikflotz“ ist vermutlich ein von der Polizei eigens für die Erleichterung der Moabit Angelegenheiten errichtetes Bureau gemeint.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober 1910.

Der dritte deutsche Kolonialkongreß.

Das Kongreßfieber greift immer weiter um sich. Den vielen Kongressen aller Art, die zurzeit togen, hat sich ein weiterer zugesellt: Der dritte deutsche Kolonialkongreß: ein wichtiger Kongreß en masse, denn an ihm nehmen mehr als 1500 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts teil. Die Tagung begann heute morgen im Plenarsaal des Reichstags. Kurz nach 10 Uhr eröffnete Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, der Regent des Mecklenburger, die Sitzung mit einer langen Begrüßungsrede. Er sagte aus:

Zum drittenmal ist es mir vergönnt, den Deutschen Kolonialkongreß zu eröffnen und eine so zahlreiche, glänzende Versammlung begrüßen zu dürfen. Durch die Erfolge von 1902 und 1903 ermutigt, hat es die Deutsche Kolonialgesellschaft wiederum unternommen, Sie hierher zu laden. Die Förderung und Entwicklung unserer Schutzgebiete, dieses neuen Deutschlands, liegt uns am Herzen. Von 70 Vereinen und Instituten, die den Deutschen Kolonialkongreß von 1902 veranstaltet haben, ist ihre Zahl in diesem Jahre auf 128 angewachsen. Der Kongreß von 1906 stand unter dem Zeichen der Birren und Röhre, von denen unsere afrikanischen Schutzgebiete heimgeführt wurden. Die Fadel des Aufstiegs tobte durch die Lande und viele anspruchsvolle Arbeit drohte vernichtet zu werden. Damals erhoben unsere Gegner ihre Stimme und erklärten unsere Kolonien für überflüssig und der Opfer an Gut und Blut nicht wert. Heute können wir voll stolzer Zuversicht den Blick auf unsere Schutzgebiete richten. Deutscher Fleiß und deutsche Andauer haben die Spuren des Aufstandes verwischt, sie haben das Land wieder nutzbar gemacht und wir haben das Innere dem Verfall erschlossen. Es geht in unseren Kolonien mit Macht vorwärts. Natürlich gibt es so manche schwebende Fragen zu lösen. Dazu ist ein mündlicher Austausch auf einem Kongresse wie diesem geeignet. So dürfen wir mit voller Sicherheit erwarten, daß wir auch diesmal unseren Zielen näherkommen zum Nutzen und Vorteil unserer Kolonien und des mit ihnen vereinten deutschen Vaterlandes. Ich eröffne damit den Kongreß.

Darauf erfolgte die Ablesung des üblichen Jubiläumstelegrammes an den Kaiser, das folgende schöne Fassung hatte:

„Dem erlauchten und mächtigen Schirmherren der deutschen Schutzgebiete entbietet der heute eröffnete, von 128 gemeinnützigen Vereinen und Instituten veranstaltete dritte Deutsche Kolonialkongreß ehrerbietigen Jubiläumsgruß. Er gelobt, unter Ew. Majestät Führung an der deutschen Uebersee-Kulturarbeit treu mitzuwirken.“

Daran riefen sich weitere Begrüßungsreden. Im Auftrage der Kaiserin begrüßte Kammerherr von Behr-Pinnow den Kongreß, im Auftrage des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für das Reichskolonialamt sprach der neuernannte Unterstaatssekretär Dr. Böhmert und für die Stadt Berlin Oberbürgermeister Kirchner.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten: Zuerst sprach der Präses der Hamburger Handelskammer Schindler über die Kolonialwirtschaft als Ergänzung unserer heimischen Landwirtschaft. In zweiter Stelle schilderte Professor Dr. Hans Meyer-Leipzig die Ergebnisse der Expeditionen der landesundlichen Kommission des Reichskolonialamtes. Als dritter und letzter Redner der ersten Planarstimmung sprach Graf von Götzen über die Besiedelung in den Kolonien. Die Vormittagsstimmung wurde hierauf geschlossen.

Am Nachmittag traten die einzelnen Sektionen zu Sonderstimmungen zusammen, in denen Vorträge über die geologische Beschaffenheit der deutschen Kolonien, über die Verbreitung der Schlafkrankheit, über die Westenerung der Eingeborenen, über die Missionsverhältnisse usw. gehalten wurden.

Die Garde ist nicht zum Totgeschossenwerden da.

Während der Befreiungskriege war eine Abteilung der Verbündeten in einem Gefecht in schwerer Verdrängnis geraten, während weiter rückwärts ein russisches Garde-Kavallerieregiment untätig hielt. Als ein Offizier der sich nur noch mit Mühe haltenden vorderen Abteilung den Kommandeur des Regiments um Hilfe bat, erhielt er die barsche Antwort: „Die russische Garde ist nicht zum Totgeschossenwerden da!“

In diese Affäre wird man unwillkürlich durch die Nachricht erinnert, daß die Kürassiere, weil sie im Felde unbrauchbar sind, endlich abgeschafft, aber das Garde-Kavallerieregiment, die Leibgarde der Kaiserin und noch ein Leibkürassiereregiment erhalten bleiben sollen. Da es eine Gewissenlosigkeit wäre, das Garde-Kavallerieregiment usw. in Kürassierausrüstung ins Feld zu schicken, nachdem man weiß, daß Kürassiere im Kriege nicht mehr verwendbar sind, so bleibt nur der Schluss, daß man die bewußten Abteilungen im Ernstfall einfach zu Hause lassen will. Es scheint hier also mehr als zwei noch dazu sehr tüchtige Kavallerieregimenter lediglich für Parade- und Hofwedel reserviert zu werden. Unerfreulich ist die Sache erstens, wenn sie beweist, daß eine weitere Vermehrung der deutschen Kavallerie ein skandalöser Luxus wäre. Wenn die Militärverwaltung zwei Kavallerieregimenter vom Kriegsdienst entbinden kann, dann braucht sie gewiß keine Vermehrung der Reiterei. Andererseits muß man aber gegen die hinter dem Plane stehende Verschwendung der Steuergroschen des deutschen Volkes protestieren. Wünschen die Hohenzollern zwei Kürassiereregimenter und eine Schwadron, die dem Volk gar nicht nützen und nur zur Erhöhung des Glanzes des Herrscherhauses da sind, dann mögen sie sie selbst bezahlen. Angesichts der hungernden Kriegsinvaliden und angesichts der Tatsache, daß man angeblich nicht einmal Geld für die Aufbesserung der Mannschaftslöhne hat, sollte man Scherze wie die Reservierung zweier Regimenter für den Hofdienst unterlassen.

Beabsichtigte Durchpreisung wichtiger Reichstagsvorlagen.

Die offiziös gemeldeten „Verl. Pol. Nachr.“ bezeichnen es als höchst wahrscheinlich, daß die Reichsverfahrensordnung vor dem 1. April 1911 nicht fertig gestellt werden kann. Stat und Reichs-

verfassungsordnung werden zusammen mit der Strafprozeßordnung die hauptsächlichsten Gegenstände der Reichstagsberatungen bilden. Aus dem vorigen Sektionsabschnitt sind noch unerledigt: Das Arbeitsammergesetz, Hausarbeitsgesetz und die Gewerbeordnungsvorl. Dazu kommen neben einer Menge kleinerer Vorlagen das Kurpfulden- und Abbedereigesetz und das Hilfslosgesetz. Nach Ansicht des ministeriellen Organs kann aber all das glatt erledigt werden, wenn bei der Mehrheit des Reichstages der feste Wille dazu vorhanden ist, und wenn man vor allen Dingen dafür sorgt, daß unerlöste Debatten verniedert werden. Das sei um so mehr zu wünschen, als die jetzige Session nicht verlegt, sondern wegen der bevorstehenden Neuwahlen auf alle Fälle geschlossen werden müsse.

Es wird also wieder das System der Kontingenzierung der Debatten warm empfohlen; ein Unsig, gegen den die Sozialdemokratie ganz entschieden Front machen wird. Die bürgerlichen Parteien haben die Gewohnheit, über oft ganz nebensächliche Dinge nicht nur stunden, sondern tagelang zu reden. Es braucht bloß einer der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, Gahn oder Koeslitz, im Reichstage von irgendeiner Seite angezapft zu werden, und sofort leiten die Herren eine Debatte ein, die mehr oder weniger rein persönlicher Natur ist, dem Reichstage aber eine Menge Zeit kostet. Wenn dann eine Menge Zeit verströht ist, wird festgestellt, wieviel Tage für die Beratung der einzelnen Materialien zur Verfügung stehen; und sobald diese Zeit abgelaufen ist, legt die Mehrheit des Hauses den Schluß der Diskussion durch. Wichtige Fragen können auf diese Weise im Reichstage gar nicht oder nur sehr mangelhaft behandelt werden. Besonders wird die Beratung der einzelnen Etats überstürzt. Am besten scheidet dabei die Regierung ab, da sie einer oft notwendigen Kritik entgeht.

Wenn tatsächlich die Absicht besteht, in der von den „Verl. Pol. Nachr.“ empfohlenen Weise zu arbeiten, dann werden diese überaus wichtigen Vorlagen durchgepeitscht, aber nicht beraten.

Zur Fleischtenerung.

Die Stadtverordnetenversammlung in Nealinghausen beschloß auf einen dahingehenden Antrag des sozialdemokratischen Vereins, an die zuständigen Staatsbehörden eine Eingabe zu richten, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der herrschenden Fleischnot ein Ende zu machen. Unter anderem soll zwecks Vermehrung des Viehauftriebes eine zeitweilige Öffnung der Zollgrenze beantragt werden.

Neue Kolonialunruhen.

Aus Deutsch-Südwestafrika werden neue Unruhen gemeldet. Nach einem Telegramm des Gouverneurs in Windhuk revolutionierten bei Wilhelmstal (Südwestafrika) am 4. Oktober Transtapflaffern der Vauisima für den Umbau der Straße Karibib-Windhuk. Die Revolte ist sofort mit Hilfe von Militär unterdrückt worden. Zwei Eingeborene sind getötet und zehn verwundet. Für ausreichenden militärischen und polizeilichen Schutz ist gefordert.

Der nähere Tatbestand ist noch unbekannt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

Der „Verl. Lokalanz.“ weiß zu dieser offiziellen Mitteilung zu melden — allem Anschein nach aus dem Bureau der den Bahnbau ausführenden Firma:

„Der Umbau der Straße wird ausgeführt von dem Bau- und Betriebskonzernium Wachtstein-Koppell. Die Arbeiter sind vor einem halben Jahre in Angriff genommen und werden im ganzen 3000 Eingeborene dabei beschäftigt. Bis auf einige Hundert, die aus den Eingeborenen der Kolonie selbst entnommen sind, ist der überwiegende Teil aus der Kapkolonie eingeführt. Es steht daher zu befürchten, daß die Sache auch politisch nicht angenehme Folgen haben wird, da es sich um englische Unterthanen handelt. Bei Wilhelmstal, wo die Revolte entbrach, dürfte eine Kolonne von 100 bis 150 Mann in Tätigkeit gewesen sein. Noch die letzten am Montag mit der Windhuker Post bei der Vauisima hier eingetroffenen Nachrichten wußten nicht genug das gute Verhältnis anzuerkennen, das zwischen der Bauleitung und den angeworbenen Schwarzen besteht. Es wird in den Berichten hierüber besonders hervorgehoben, wie diese Zufriedenheit in den nach der Heimat gerichteten Briefen zu lebhaftem Ausdruck gekommen sei. Allerdings habe auch die Firma sich bemüht, die Leute so zufrieden wie möglich zu stellen und u. a. sogar Rohlungsmittel aus ihren Heimatorten kommen lassen. Man hat daher für diese Vorkommnisse keine Erklärung.“

Jeglichem Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben diese Angaben natürlich nicht. Wir haben erst in den letzten Tagen wieder gesehen — bei den sogenannten Strafenrechtsfällen in Moabit — in welchem Maße die Unternehmensepresse im Interesse ihrer Ökonomie offenkundige Tatsachen fälscht. Noch weniger Wert als diese Berichte über Unruhen in der eigenen Stadt haben natürlich die Meldungen über „Revolten“ schwarzer Arbeiter in den südwestafrikanischen Sandwüsten.

Nicht bestätigt!

In der Gemeinde Markgrafshöhe (Kreis Weidling) wurde mit 11 gegen 9 Stimmen der Genosse Otto Grahnitz zum Gemeindevorsteher gewählt. Das war am 28. August. Jetzt endlich teilt der Kontrat des Kreises mit, daß auf Grund des § 84 Abs. 5 der Landgemeindeordnung unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses der erfolgten Wahl zum Gemeindevorsteher die Zustimmung verjagt wird.

Weber der Herr Kontrat nach der Kreisaustrahlung sind in der russischen Provinz Preußen verpflichtet, der Entscheidung Gründe beizugeben.

Der Gewählte ist Sozialdemokrat, also — wird er nicht bestätigt.

Spanien.

Echo der portugiesischen Revolution.

Barcelona, 6. Oktober. Gestern abend um 8 Uhr zogen zahlreiche Gruppen Radikaler durch die Stadt, wurden aber von der Polizei zerstreut.

Balkan.

Türkische Rüstungen.

Konstantinopel, 6. Oktober. Die Porte hat 80 Millionen Pfund zur Befestigung einiger Küstenpunkte in Tripolis ausgeworfen.

Die Lage in Griechenland.

Athen, 6. Oktober. In der den diesjährigen Wandern einberufenen zwei Jahrgängen Reservisten, hat der Kriegsminister die Einberufung dreier weiterer Jahrgänge verfügt.

Marokko.

Ein neues spanisches Abenteuer?

Der Pariser „Matin“ läßt sich aus Tanger melden: Ein neues spanisches Bataillon in Kriegssärke ist in Ceuta ausgeschifft worden, wo die größte militärische Tätigkeit herrscht. Nach Meldungen, die von allen Seiten eintrafen, kann man versichern, daß Spanien allen amtlichen Abkündigungen zum Trost, beinahe offen, einen Kriegszug gegen Tetua vorbereitet, der übrigens von den bedeutendsten spanischen Persönlichkeiten, namentlich von dem Senator Morera, der neulich von seinem vertriebenen Freund Canalejas mit einem wichtigen Auftrag nach Marokko geschickt worden ist, angeführt wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kampfvorbereitungen der Berliner Metallarbeiter.

Seit acht Wochen nimmt der große Kampf zwischen den Werkunternehmern und den Arbeitern das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch. Da es den Unternehmern bisher nicht gelungen ist, die Reihen der kämpfenden Arbeiter zum Wanken zu bringen, haben die Werkbesitzer die Hilfe des Gesamtverbandes der Metallindustriellen angerufen mit dem Erfolg, daß in ganz Deutschland in sämtlichen Betrieben, die dem Verbands der Metallindustriellen angehören, am bedrohlichen Sonnabend, den 8. Oktober, 60 Prozent aller Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt werden sollen. Zu dieser Drohung des Unternehmervverbandes nahmen gestern abend die Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stellung. Die Versammlung fand im großen Saale der Neuen Welt statt, der bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Genosse Cohen gab eine zusammenfassende Darstellung von den Ursachen und dem bisherigen Verlauf des Kampfes. Ein Fortschritt der Position der Arbeiter ist unerkennbar. Bei Einreichung der Forderungen der Hamburger Werkarbeiter lehnten die Unternehmer jede Verhandlung ab. Nach einiger Zeit waren sie schon zu Verhandlungen bereit, wollten aber den Arbeitern vorschreiben, in welcher Weise sie bei den Verhandlungen vertreten sein sollten. Nicht nur die Christlichen und Kirch-Dunderschen, sondern auch die Gelden sollten nach dem Willen der Unternehmer an den Verhandlungen teilnehmen. Das lehnten wir natürlich ab. Jetzt haben wir nun die Verhandlungen ohne die einschränkende Voraussetzung und auch die Bereitwilligkeit der Unternehmer, den Werkarbeitern Zugeständnisse zu machen. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, welches Resultat die Verhandlungen haben werden. Das eine aber ist sicher: Ohne Zugeständnisse bezüglich einer Lohnsteigerung und einer Arbeitszeitverkürzung kann der Kampf nicht beendet werden. Wenn die Unternehmer glauben, uns mit der Aussperrungsandrohung schrecken zu können, so haben sie sich verrechnet. Diesmal kapitulieren wir nicht. Wir nehmen den angekündigten Kampf auf. (Brausender Beifall.) Wenn die Unternehmer am Sonnabend 60 Prozent unserer Kollegen und Kolleginnen aussperrten, so gehen die übrigen Kollegen auch mit hinaus. (Allgemeine Zustimmung.) Das habe ich Ihnen namens aller im Zentralkomitee vertretenen Organisationen zu erklären. (Großer Beifall.) Der Redner gab einige Verhaltensmaßregeln für den Fall der Aussperrung und bemerkte, er werde den Polizeipräsidenten mit Rücksicht auf die Moabitische Vorgänge auffordern, seine Schutzleute nicht vor den Kontrollstellen der Aussperrten aufzustellen. Ordner des Verbandes werden die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und sie wird sicher nicht gestört werden, wenn die Beamten des Herrn von Jagow fernbleiben.

Der Redner empfahl folgende Resolution, die einstimmig und unter höchstem Beifall angenommen wurde.

Die am 6. Oktober 1910 im Lokal „Neue Welt“ tagende Konferenz der Vertrauensleute aller der Betriebe, die von der geplanten Aussperrung bedroht sind, empfiehlt den am 7. Oktober 1910 stattfindenden Versammlungen aller in obigen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen folgenden Beschluß zu fassen:

In all den Betrieben, wo am 8. Oktober ein Teil der Arbeiter oder Arbeiterinnen ausgesperrt werden, legen alle übrigen im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit am 8. Oktober abends mit nieder; gehen am 10. Oktober nicht wieder zur Arbeit, sondern melden sich in den zu ihrem Betrieb gehörenden Kontrollstellen. Die Versammlung schloß mit brausenden Hochrufen auf den Sieg der Werkarbeiter.

Die Ausdehnung des Kohlenarbeiterstreiks.

Am Donnerstag früh haben sich auch die Kutsher der Firma Pauly, 17 Mann, mit den übrigen streikenden Arbeitern solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Die Firma Pauly hat bekanntlich den „Kausreißer“ für Kupfer u. Co. gemacht. Der Betrieb von Pauly ruhte infolge der Arbeitsniederlegung der sämtlichen Kutsher am gestrigen Tage vollständig. Insgesamt stehen 46 Mann bei dieser Firma im Streik. Auch bei der Firma Liemendörfer haben 26 Platzarbeiter aus dem oben angeführten Grunde die Arbeit niedergelegt. Trotz des Versprechens der Firma vom vorgestrigen Tage, für Kupfer keine Streikarbeit verrichten zu wollen, mußten die Arbeiter feststellen, daß dies dennoch auf Umwegen geschehen sollte. Aus diesem Grunde erfolgte die Arbeitseinstellung, welcher sich auch die dort beschäftigten Kutsher noch anschließen werden.

Auch bei diesen beiden Firmen erschien sofort die Polizei in großer Anzahl, um ihre ordnungsgemäße Arbeit zu Gunsten der Unternehmer aufzunehmen. Es hat aber den Anschein, als wenn diese beiden Firmen es nicht recht beliebt, den in so großer Zahl erschienenen Polizisten auf ihren Plätzen ein Domizil zu gewähren. Bei der Firma Pauly führten sechs berittene Schutzleute nach kurzem Aufenthalt auf dem Lagerplatz wieder um und ritten von dannen. Bei der Firma Liemendörfer erschien ein Wachtmeister und bot den Schutz der Polizei an. Die Firma sollte angeblich hierfür 1000 M. Skaution hinterlegen, welches abgelehnt wurde.

Die Firma Kupfer hat mit den so teuer erkauften Streikbrechern ihre liebe Not. Die Arbeit kann sie mit diesen nicht im entferntesten beiverstelligen. Einen Beweis, wie schwer es hält, die angekommenen Mahnladungen mit diesen Leuten zu lösen, erlebten die Streikenden gestern.

Eine dringende Mahnladung wurde, da die Arbeitswilligen zur Entladung nicht ausreichten, nach Spandau geschoben. Als die dortigen Arbeiter sich weigerten, den Mahn zu entladen, ging derselbe zurück nach der Firma Liemendörfer. Auch hier bedankten sich die Arbeiter, für Herrn Stinnes den Kausreißer zu spielen; sie legten die Arbeit nieder. Der Mahn soll nunmehr nach dem Mahnbach-Ufer gehen. Die Kohlenarbeiter haben alle Veranlassung, ganz besonders acht auf die Mahnarbeit zu geben. Kein Kohlenarbeiter darf Streikarbeit verrichten.

Ferner ersuchen wir alle Verbandskollegen und die organisierte Arbeiterschaft, der Streikleitung sofort Mitteilung zu machen, wenn bei Kunden, denen bisher die Firma Kupfer u. Co. Kohlen lieferte, andere Fuhrwerke mit Kohlen erscheinen. Doch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Lohnbewegung der Instrumentenarbeiter.

In einer am Mittwoch abgehaltenen, nicht sehr gut besuchten Versammlung erstattete Leopold Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Zugeständnisse sind, wie der Referent erklärte, in fast allen Betrieben erreicht worden, was beweist, daß der Zeitpunkt der Bewegung gut erfaßt war. Es wäre zu wünschen gewesen, daß auch die Verhältnisse in einigen noch sehr zurückgebliebenen Werkstätten aufgebeßert werden können, was aber diesmal nicht gelungen sei, jedoch bei der ersten günstigen Gelegenheit Beronno, Adoll.: Carl Jermuth, Berlin-Nixdorf, Inscrate verantw.: H. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Formaris Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

nachgeholt werden kann. Zahlreich den Erfolg der Bewegung darzuliegen, sei zur Stunde noch nicht möglich, doch wird eine Aufstellung bald erfolgen. Auf die Ausbannung des Tarifs mühten die Kollegen bringen, ebenso, daß die Preise für neue Räder immer gleich hinzugefügt werden.

In 34 Betrieben wurden Forderungen gestellt. In 10 Betrieben ist ein Tag bis vier Wochen gestreift worden, drei Betriebe befinden sich zurzeit noch im Streik. Die Bewegung ist mit dem derzeitigen Ergebnis noch nicht erledigt, vielmehr behält die in der letzten Brandenburger Versammlung gefasste Resolution ihre Gültigkeit.

Zum Streik der Chauffeure, Fader, Radfahrer der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmund, Straße 11/12, ist zu berichten: Der Firma ist es bis jetzt immer noch nicht gelungen, genügend Arbeitswillige zu bekommen. Im gestrigen „Arbeitsmarkt“ des „Lokal-Anzeigers“ wurden „Adler“-Chauffeure für Kleinauto zum sofortigen Eintritt gesucht. Der eine Wagen der Gesellschaft machte auch am Donnerstag wieder seine Spazierfahrten in Begleitung von Kriminalbeamten, welche sich die Lizenzen der Gesellschaft angeeignet hatten. Im übrigen wurden wieder durch folgende Kraftfahrzeuge Lastfahren gemacht: 6038, 8633, 8640, 8624, 8658, 8714, 8881, 8083, 9872, 9564. Die Hausdiener- und Baderarbeiten werden notwendig durch kaufmännische Angestellte verrichtet. Als Radfahrer, zum Beispiel der Paletie und Krifen, fungieren hauptsächlich die Herren Stock alias Wolf, Artl, Glücksmann, Franke und Zislewih. In der letzten Nummer der „Deutschen Apotheker-Zeitung“ befindet sich ein Bericht von dem am 29. September stattgefundenen Versammlung des „Berliner Apothekervereins“, in welcher Herr Sagenbed, Direktor der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker und Besitzer der Apotheke Frankfurter Allee 190, „sehr interessante Aufschlüsse über die Entstehung des Streiks gegeben“ und die Mitteilung gemacht haben soll, daß das Ende des Kampfes bald gekommen sein würde. Hoffentlich hat Herr Sagenbed nicht unterlassen, den Herren, die selbst sehr straff organisiert sind, zu sagen, daß die Firma auf Drängen des Kollektionsrats durch den famosen 101-Mark-Passus illusorisch machen wollte. Wir bitten nach wie vor, Zugang streng fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Wächung, Steinarbeiter! Laut Versammlungsbeschluß hat am Montag, den 10. Oktober, eine allgemeine Bucherkontrolle stattgefunden. Die Kollegen werden ersucht, ihre evtl. Reste, inkl. Extrasteuer, umgehend zu begleichen und dafür Sorge zu tragen, daß die Kontrolle auf sämtlichen Arbeitsstellen strikte durchgeführt wird. — Das Verbandsbureau, jetzt Engelauer 15, Gewerkschaftshaus, Aufgang A, Zimmer 7a, bleibt Ferien halber vom 9.—16. Oktober geschlossen. Dringende Angelegenheiten werden in der Zwischenzeit von den Sektionsleitern erledigt und zwar: für die Sektion I vom Kollegen Karl Franke, Nixdorf, Steinmehrer 46, Querg. 1, für die Sektion II (Marmorarbeiter) vom Kollegen Arthur Junf, Nixdorf, Thomasstr. 35 III. Zentralverband der Steinarbeiter.

Ein Streik der Vollejtungen

Ist gestern morgen ausgebrochen. Von den 1250 Angestellten der Meierei G. Wölfe haben am Donnerstagmorgen 250 die Arbeit niedergelegt. Die Ausräper, zumeist Burchen im Alter von 15 bis 17 Jahren, waren am Mittwochmorgen bei der Firma um eine Gehaltserhöhung eingekommen, die ihnen auch teilweise bewilligt wurde. Sie glaubten aber, daß sie durch einen Streik ihre Forderungen völlig durchsetzen könnten. Die Firma G. Wölfe hat beschlossen, diejenigen Ausbändigen, die bis zum Freitagmorgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, aus ihrem Dienste zu entlassen. Organisiert sind die jungen Leute leider nicht.

Wächung, Töpfer! Wegen Beschäftigung von Unorganisierten verhängen wir hiermit über die Firma A. Rißmeyer und G. Carls die Sperre. In Frage kommt der Bau Richterfelder Straße in Südende. — Die Lokallisten arbeiten weiter.

Die Verbandsleitung.

Geschäftstüchtiger. Die Kutsher und Arbeiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft zu Stettin befinden sich seit dem 4. d. M. wegen Lohnunterschieden im Streik. In Berlin sowohl wie in Lichtenberg befinden sich Filialen dieser Gesellschaft. Wir bitten die Arbeiterschaft, insbesondere die Geschäftstüchtiger, die Streikenden in ihrem Kampfe moralisch zu unterstützen und jedes Arbeitsangebot der Gesellschaft nach Stettin strikte abzulehnen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Die blamorierten Christen.

Wie erinnerlich, rüdten die Juchengewerkschafter vor der Sicherheitsmännerwahl plötzlich mit dem famosen „Heinrichsbrief“ hervor, der, wie sie angaben, von einem Vertrauensmann und Führer des Verbandes in Dortmund geschrieben sein sollte. Als das „Vöchner Volksblatt“ die ganze Sache als einen plumpen Schwindel bezeichnete und erklärte, daß die Handschrift des christlichen Gewerkschaftsangehörigen Hückes mit der Handschrift eine frappierende Ähnlichkeit aufweise, spielten die Christen die Entrüsteten und erklärten, „Mlage gegen das Volksblatt“ eingereicht zu haben. Die bereits eingereichte Klage blieb aber aus. Nunmehr veröffentlichen sie im „Vergnappen“ eine Belohnung von 1000 Mark demjenigen, der ihnen den Schreiber des Briefes bringt. Kann man sich noch mehr blamieren?

Deutsches Reich.

Die Buchbinder in Frankfurt a. M. sind in eine Tariffbewegung eingetreten. Sie haben den Arbeitgebern einen neuen Tarif eingereicht, der u. a. diese Forderungen enthält: Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden, Samstags und an Vorabenden von geistlichen Feiertagen 8 Stunden; Bezahung der Feiertage; Gehilfenlöhne 21—27 M., Arbeiterinnenlöhne 9—16 M. pro Woche; prozentuale Zuschläge; Regelung der Akord- und Ueberstundenarbeit insofern, daß bei Akordarbeit der Wochenlohn garantiert werden muß und für Ueberstunden ein Zuschlag von 15—25 Pf. für Arbeiter und 8—15 Pf. für Arbeiterinnen gewährt wird. Zur Regelung event. Streitigkeiten soll ein Tarifschiedsgericht eingesetzt werden. Für die Kartonnageindustrie wurde ein besonderer Tarif aufgestellt, der eine Arbeitszeit von 55 Stunden pro Woche und folgende Löhne vorsieht: Tischneider 22—27 M.; Tischarbeiter 19—25 M., Hilfsarbeiter 15—21 M., Arbeiterinnen 9 bis 14 M.

Ausland.

französischer Gewerkschaftskongreß.

Zweiter Tag.

Toulouise, 4. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Mandatsprüfungskommission legt folgenden Bericht vor. Verteilen sind auf dem Kongreß 43 Verbände und 4 nicht an Verbände angegeschlossene „isolierte“ Gewerkschaften, 86 Arbeitsböden und 1105 federierte Gewerkschaften — im ganzen 1238 gültige Mandate.

Die Vormittags Sitzung ist mit einer äußerst konfusen Diskussion über bestrittene Mandate ausgefüllt. Rétivier fordert, die Organisationen, die die „Voix du Peuple“ nicht abonniert haben, vom Kongreß auszuschließen. Andere Redner verlangen strenge Anwendung der dreifachen Statutenbedingung: Zugehörigkeit zur Föderation, zur Arbeits-

börse und Abonnement des Konföderationsorgans. Nach langer Debatte wird der Antrag angenommen, die Statutenbestimmungen über die Zulassung strikt anzuwenden. Der Vorsitzende Ricordeau (Erdarbeiter, Paris) erklärt: Die Nichtzulassung ist also bewilligt. Damit wären Hunderte von Mandaten für ungültig erklärt. Joret (Sekretär der Sektion der Arbeitsböden) sagt: Man weiß nicht, was man sagt und tut. Und die Spezialdebatte über die strittigen Mandate beginnt von neuem.

Der Vertreter der Pariser Konditoren, die vom Gewerkschaftsverband der Seine ausgeschlossen worden sind, weil sie seinem Beschluß entgegen die staatliche Subvention angenommen haben, erklärt, daß mit dieser Motivierung ein großer Teil der auf dem Kongreß vertretenen Organisationen ausgeschlossen werden könnte. Delpech (Verband der Seine) setzt auseinander, im Seine-Departement sei der Fall ganz anders als in der Provinz, wegen der von der Präfektur beanspruchten finanziellen Kontrolle der Organisationen der Arbeitsböden. Die drei Pariser Organisationen, die die Subvention bezogen haben — außer den Konditoren die Präparatoren der Apotheken und die Kaffeehauskellner — werden schließlich nicht zugelassen.

Nachmittags Sitzung.

Am Beginn der Nachmittags Sitzung wird eine Resolution, die von der gestern vom Genossen Sassenbach überbrachten Einladung der deutschen Generalkommission zur Einsetzung einer Delegation der französischen Organisationen nach Deutschland Kenntnis nimmt und das Konföderationskomitee beauftragt, sich mit der Generalkommission zur Bestimmung der Details dieser internationalen Friedendemonstration ins Einvernehmen zu setzen, mit Akklamation angenommen.

Die Verhandlung über die bestrittenen Mandate geht stundenlang weiter. Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Francké, dem Delegierten von der Föderation der Nahrungsmittelarbeiter ausgeschlossener Pariser Köche, und dem früheren Föderationssekretär Bousquet. Bei der Abstimmung, die zunächst zweifelhaft erscheint, entsteht ein furchtbarer, andauernder Tumult. Bei ihrer Wiederholung ergibt sich eine bedeutende Mehrheit für die Ausschließung. Die unerkennbare, bei verschiedenen Formen sich äußernde Antipathie der revolutionären Syndikalisten gegen die Nahrungsmittelarbeiter ist nicht ohne Zusammenhang mit der Haltung dieser Gewerkschaft bei der feinerzeitigen Wahl in der Konföderation, die den Reformisten Riel und Thil zum Sieg verhalf.

Es ist bald 5 Uhr und die Diskussion geht noch immer weiter, von einem „Fall“ zum andern. Es werden sogar noch neue Mandate angemeldet. Der Berichterstatter ruft verzweifelt: „Je weiter wir verhandeln, desto mehr geraten wir in die Inflation“ — ganz wie Clemenceau.

Es kommt zu einem charakteristischen Zwischenfall. Der sozialistische Verein von Toulouse hat die Kongreßsitzung zu einem Punkt eingeladen. Ein Teil der Versammlung unterbricht die Vorlesung der Einladung mit heftigen Zwischenrufen — der revolutionär-syndikalistische Eisenbahner Vidament ruft: Werft sie in einen Sack mit den Kaditalen! Riel (Neutralist und Parteimitglied) erklärt, daß die Einladung dem Kongreß als solchen nicht interessiere. Man ist schließlich so liberal, den einzelnen Kongreßisten den Besuch nicht zu verbieten. . . .

Fünf Uhr ist lange vorüber, als Jouhaux (Sekretär der Sektion der Verbände) das Wort zum Bericht des Vorstands und des Verbandsorgans erhält. Er beantragt die Wahl einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung der Statutenänderung und einer anderen für die Kontrolle.

Ranau und Blanchard fordern Berichterstattung über die Affäre des Verbandsbüros, in die bekanntlich Griffuches verwickelt ist. Lévy protestiert gegen weitere Vertagung der Angelegenheit, die administrativen, mit dem Gegensatz der Tendenzen nicht zusammenhängenden Charakter habe. Clenet (Handelsangestellter, Neutralist) wünscht eine spezielle Konferenz im nächsten Jahre für die Beratung der Statutenänderungen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Reformisten abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Jouhaux. Die Affäre des Verbandsbüros wird voraussichtlich doch noch im Plenum verhandelt werden. Die Jouhaux in Aussicht gestellt hat, kann sie einen ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Die Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie wird, wie das Wolfische Telegraphenbureau aus London meldet, am Montag aufgehoben werden.

Letzte Nachrichten.

Vom Schauplatz der Revolution.

Madrid, 6. Oktober. (B. L. B.) Vor der Redaktion der Zeitung „Mamiana“ ist eine Dovesche angeschlagen worden, welche besagt, König Manuel habe sich in die englische Gefandtschaft geflüchtet. Die provisorische Regierung hat dem Volke geraten, dem abgesetzten Königsbaur ein ehrenvolles Andenken zu bewahren. Die Republik ist in Oporto, Coimbra, Braga und Estremoz ausgerufen worden. Bernardino Machado bereist die Städte und Landgemeinden und rät der Bevölkerung, sich ruhig zu verhalten. Nach Lissabon werden nur die Truppen herbeigelassen, welche auf die Seite der Revolution treten wollen.

Madrid, 6. Oktober. Ein Angehöriger der Bahn Madrid-Caceres berichtet, daß die Eisenbahnzüge Lissabon immer noch nicht erreichen, sondern in Villafranca angehalten werden.

Opfer der Vergungsarbeiten.

Offen a. b. Ruhr, 6. Oktober. (B. L. B.) Bei den Vergungsarbeiten auf Zeche Friedrich und Ernestine hat ein Mann der Vergungskolonne das Leben eingebüßt. Ein zweiter von den drei Versühteten ist als Leiche aufgefunden worden. (Siehe auch unter Nachrichten aus aller Welt.)

Mahnahmen gegen die Fleischnot in Oesterreich.

Wien, 6. Oktober. (B. L. B.) Die Regierung hat die Einfuhr einer Probeforderung von 25 000 Kilogramm argentinischen Fleisches gestattet.

Ein Kohlenbergwerk in Flammen.

Wie eine Meldung aus Danville besagt, steht das „Paris-horn“ in Flammen. 150 Bergleute befinden sich noch unter Tage. Bis zur Stunde liegt eine Meldung über das Schicksal der in der Grube befindlichen Bergleute noch nicht vor.

Ein russischer Höhenflugrekord.

Petersburg, 6. Oktober. (B. L. B.) Oberleutnant Odinzow und Ingenieur Rynin, welche am Dienstag nachmittags vom hiesigen Flugplatz im Freiballon aufgestiegen waren, telegraphierten von der Station Saerffilae an der Strecke Wiborg-Joenju in Ostfinland, daß sie nach neunzehnstündiger Fahrt gelandet seien. Sie haben mit Erreichung von 6350 Meter einen russischen Höhenrekord aufgestellt.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der in voriger Sitzung zum besoldeten Stadtrat gewählte Bürgermeister Sausse-Elbing die Wahl angenommen hat.

In der gemischten Deputation zur Erörterung der Frage einer event. Zuwendung an die Berliner Kriegsveteranen ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtdv. Borgmann und Brunz, in derjenigen zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung durch die Stadtdv. Borgmann und Falksdorf vertreten.

Eine Reihe von Petitionen wegen Niederschlagung von Umfahsteuer soll nach dem Ausschuhentwurf dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden. Wie der Referent Stadtdv. Gwath (Soz.) bezüglich der Petition des Kunsthändlers Karl Schöber betr. das Grundstück Soldiner Straße 19 ausführte, soll dieser Antrag den Sinn haben, dem Rezenten event. Kalenzahlung zu gestatten. Die Versammlung tritt ohne Debatte dem Ausschuhentwurf bei.

Das bestehende System der „Nebenklassen für schwach-sinnige Gemeindeschulkinder“ will der Magistrat mit dem 1. April 1911 beseitigen und an seine Stelle eine Organisation selbständiger Hilfspetitionen treten lassen. Er legt den Entwurf der neuen Bestimmungen über den Unterricht in den Berliner Hilfspetitionen vor. Dieselben sollen in der Regel eine Vorklasse und fünf aufsteigende Klassen erhalten; die Leiter der Hilfspetitionen sollen die Leitungsbefugnisse der Direktoren ausüben und die Funktionszulage von 600 M. soll pensionsfähig gemacht werden.

Stadtdv. Schulze (A. L.) beantragt Ausschuhberatung zur nochmaligen Erörterung der Frage, ob die in Aussicht genommene Klassenfrequenz nicht noch zu hoch ist und ob es wirklich unumgänglich ist, selbständige Schulsysteme zu schaffen.

Stadtdv. Dr. Habel (Soz.): Der Magistrat, der ja erst sehr spät und nach Vorantritt vieler anderer Kommunen an die Schaffung von Nebenklassen ging, hat in den 12 Jahren seitdem die besten Erfahrungen damit gemacht. Den neuen Entwurf können wir aber doch wohl nicht so unbedenken hinnehmen. Eigentlich hätte der Magistrat nach seiner eigenen Darlegung zu einem etwas anders gearteten Ergebnis kommen müssen. Die Motive unterscheiden sich richtig zwischen Kindern, welche von Hause aus so minderwertig sind, daß schon sehr bald die richtige Diagnose gestellt werden kann, und anderen Kindern, bei denen dies zu stellen tatsächlich erst nach zwei Jahren möglich ist. Dennoch ist für alle Kinder ein „mindestens einjähriger Aufenthalt in der Normalschule“ vorgesehen. Die erfasste Kategorie muß auf diese Weise ganz nutzlos 1-1 1/2 Jahre in der Gemeindeschule verbleiben und bildet dort lediglich ein Hemmnis für die anderen; diese Kinder gehören eben durchaus in die Vorklasse hinein, von der aus sie dann entweder in die Normal- oder in die Hilfspetition zu bringen sind. Die Kinder in den Vorklassen genießen den außerordentlichen Vorzug einer geringen Klassenfrequenz, die die Verwirklichung der Individualität ermöglicht. (Anbauende große Anruhr, die das Verständnis der Ausführungen des Redners sehr erschwert.) Auch diese Vorlage könne wieder zum Beweise dienen, wie die Schaffung von Nebenklassen, Waldschulen usw. durchaus zu den Aufgaben der Kommune gehören. Zur Leitung solcher Hilfspetitionen sollten auch Lehrerinnen bestellt werden; und gerade für verheiratete Lehrerinnen halte auch ich für die Leitung solcher Schulen für durchaus geeignet; mit den verheirateten hat man aber z. B. in Ostpreußen ermutigende Erfahrungen nicht gemacht.

Stadtdv. Dr. Habel: Ich wünsche nur, daß nicht schematisiert wird. Kinder, die von vornherein idiotisch sind, gehören unter keinen Umständen in die Normalschule. In dem „in d e s e ein Jahr“ in den „Bestimmungen“ liegt die Gefahr, die ich befechtigt haben will.

Stadtdv. Gwath erkennt in den Ausführungen Habels einen berechtigten Kern an; der Anregung wäre im Ausschusse weiter nachzugehen. Die Vorlage wird hierauf einem Ausschusse überwiesen.

Die ehemalige Hedwigsparrschule, jetzt 72. Gemeindeschule, und die 14. Gemeindeschule in der Kesselfstraße sollen als selbständige Schulen eingezogen werden. Die katholische Schule soll als Filiale der ebenfalls nur sehr schwach besetzten 16. Gemeindeschule fortbestehen.

Stadtdv. Dr. Krons (Soz.): Wir beantragen Ausschuhberatung. Der Vereinigung der Hedwigsparrschule mit der 16. Gemeindeschule stellen wir keinen Widerspruch entgegen. Nicht ausreichend aber erscheint uns die Begründung für die Absicht der Einziehung der Schule in der Kesselfstraße; jedenfalls sind in den benachbarten Schulen keineswegs so viel freie Plätze vorhanden, als die Einziehung der 16. Schule erfordern würde.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Am 30. Juni d. J. nahm die Versammlung den Dringlichkeitsantrag Dr. Krons (Soz.) an, der den Magistrat ersuchte, mit dem Polizeipräsidium wegen Aufhebung der Genehmigung des Apothekenschlusses während der Nacht in Verhandlung zu treten. Der Magistrat teilt unterm 10. September mit, daß er einstweilen von weiteren Schritten absehen und erst abwarten will, ob weitere berechtigige Klagen des Publikums sich ergeben werden. Dem Polizeipräsidium seien neuerliche Beschwerden auch nicht bekannt geworden.

Ohne Debatte nimmt die Versammlung von der Vorlage Kenntnis.

Vom 1. April 1911 ab soll das Luisenstädtische Gynasium aus der Luisenstadt nach dem Schönhauser-Tor-Diertel unverfürgt allmählich und klassenweise verlegt werden und zwar zunächst in das Chorinerstr. 74 belegene Schulhaus; später soll es seinen Platz auf dem städtischen Gelände in der Kopenhagener Straße erhalten. Um die eventuelle Umwandlung in ein Realgynasium vorzubereiten, soll von Unterricht ab neben dem Griechischen englischer Fachunterricht eingerichtet werden.

Von der Alten Linken und von den Sozialdemokraten liegen Anträge auf Ausschuhberatung vor.

Stadtdv. Dr. Krons betont, daß der Antrag seiner Freunde sich hauptsächlich gegen die Absicht der Verbeibaltung der Vorschule richtet.

Stadtdv. Reimann (A. L.) hält den Magistratsantrag für überaus ansehnlich. Es sei ganz unklar, weshalb gerade dieses Gynasium daran glauben solle. Viel zweckmäßiger wäre die Einziehung des an der Grenze des Stadtteils gelegenen Könnischen Gynasiums, das nur 62 Schüler mehr habe und dessen Bau sich für die künftige Stadtbibliothek vorzüglich eigne. Auch solle man sich doch nicht jetzt schon auf das Terrain an der Kopenhagener Straße festlegen.

Stadtdv. Michaelis sucht die Vorlage zu rechtfertigen. Das Luisenstädtische Gynasium habe den stärksten Frequenzrückgang aufzuweisen; ein Bedürfnis für die Anstalt sei in ihrem Habitus nicht mehr vorhanden. Es sei die höchste Zeit für die Verlegung. Das Bedürfnis einer höheren Lehranstalt für die äußere Schönhauser Vorstadt sei unbestreitbar. Geplant sei andererseits die Verlegung der Friedrichswerderischen Oberschule nach dem Südwesten und die Schaffung eines Reform-Realgynasiums mit einer weiteren Oberschule in Moabit.

Stadtdv. Gwath äußert sich wesentlich im Sinne der Ausführungen des Magistratsvertreters und behält die Prüfung der Einzelheiten dem Ausschusse vor.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern. Die Vorlage, welche die Herausgabe eines Altarbildes aus der Anstaltskirche des ehemaligen evangelischen Johannisstifts zu Plähensee an das Kuratorium des Stifts zum Gegenstande hat, erklärt Stadtdv. Lenz (A. L.) ablehnen zu müssen.

Es wird Ausschuhberatung auch für diese Vorlage beschlossen. Die Nachtragsforderung von 50 000 M. für den Gewerbesekretariatsaufbau in der Hagenstraße, wofür 1907 bereits 300 000 M. bewilligt worden waren, hat der eingesetzte Sonderausschuh zu genehmigen beantragt. Ohne Debatte stimmt die Versammlung zu.

Der Rechnungsausschuh hat über eine lange Reihe von Rechnungen und Rechnungsvorlagen Bericht erstattet. Die Prüfung der Baurechnung über die Zentral-Dispensier-Anstalt in Buch hat ihm zu folgendem Antrag Veranlassung gegeben:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu bestimmen, daß die von der Versammlung nachträglich bewilligten Nebenleistungen von Postenanschlüssen nicht zur nachträglichen Erhöhung des Ausgabebills verwendet werden dürfen, sofern es sich nicht um nachträglich bewilligte Projektänderungen handelt.

Nach kurzer Debatte, in der Rämmerer Dr. Steiniger den Antrag für dem Grunde nach berechtigt, aber für zu weitgehend erklärt, wird dieser dem Ausschusse zur nochmaligen Erörterung zurückgegeben. Im Übrigen gelangen die Anträge des Ausschusses durchweg ohne Debatte zur Annahme.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1/8 Uhr.

Argus R. vor den Geschworenen.

Die gestrige Verhandlung gegen die Brüder Koppius endete, wie zu erwarten war, mit einem Schulbig gegen beide Angeklagten.

Die Geschworenen sprachen Karl Koppius schuldig des Mordes in zwei Fällen, des vollendeten Raubes in drei Fällen, des Nordversuchs in vier Fällen, des versuchten Raubes in zwei Fällen und der versuchten und vollendeten schweren Erpressung in mehreren selbständigen Handlungen. Der Angeklagte Fritz Koppius wurde schuldig befunden des Mordes in zwei Fällen, des Nordversuchs in zwei Fällen, des Raubes in zwei Fällen, des versuchten Raubes in zwei Fällen und der vollendeten und versuchten schweren Erpressung in mehreren Fällen. Verurteilt wurde von den Geschworenen lediglich bei Karl Koppius die Schuldfrage nach versuchtem Raub an Frau Wagner. Hier wurde Nordversuch als vorliegend angenommen.

Das Urteil

lautete: Die Angeklagten Karl Friedrich und Friedrich Wilhelm Koppius werden wegen je zweier Morde in ideellem Zusammenhang mit schwerem Raube zweimal zum Tode und außerdem wegen Nordversuchs, vollendeten und versuchten Raubes und qualifizierter Erpressung Karl Koppius zu 15 und Fritz Koppius zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Verhandlung war der Erörterung vor bekannnten gegen den Verlagsbuchhändler Weber gerichteten Erpresserbriefe gewidmet. Karl Koppius behauptet, auf den Gedanken der Erpressung bin ich durch einen Zufall gekommen. Ein Mann, den ich nur dem Vornamen Rudolf nach kenne, hatte mir viel von Siegfried Weber erzählt, mit dem er in München zu tun gehabt habe. Er teilte mir mit, er wolle von Weber unter dem Vorwand, daß er ein Buch schreiben werde, durch Drohungen Geld zu erlangen suchen. Nachher verreise er. Den ersten Brief, unterschrieben Argus R., schrieb ich, und habe nachher ihn Rudolf zum Lesen gegeben. Dem unbekanntem Rudolf schreibt Karl Koppius auch in seiner weiteren Vernehmung eine Rolle bei den Erpresserbriefen zu. Fritz Koppius weiß von Rudolf nichts. Karl Koppius erklärt das so, von Rudolf habe ich meinem Bruder nichts erzählt, ich wolle nicht, daß mein Bruder anfänglich würde, wenn er erführe, daß ich von dem Nord an den Friedrichschen Eheleuten mit Rudolf gesprochen habe. Den ersten Erpresserbrief sendete Karl Koppius an den Verlagsbuchhändler Weber zu Weihnachten ein. In dem Brief stellte er sich als einen Verbrecher vor, der auf seinen jetzigen Lebenswandel durch den Staat getrieben sei. Er führe ihn erst seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Er habe unter anderem 20 Morde, darunter drei in Leipzig, begangen, und wolle seine Taten in padender Weise in einem Buch beschreiben, das er der Verlagsbuchhandlung anbiete. 5000 M. Vorschuh wolle er haben, 5000 M. wenn das Werk erschienen ist. Zum Zeichen, daß er nicht renommieren und für die Unfähigkeit der Polizei, führte er an, daß er den Nord in der Bindmühlenstraße ausgeführt habe. Das Bild, das die Staatsanwaltschaft nach Neugenaussagen von ihm angefertigt und veröffentlicht hatte, entspreche dem Gesicht, das er außerhalb des Hauses der Tat trage, nicht. Den Verbleib der Sparkastenbücher habe die Polizei nicht ermitteln können, weil er diese verbrannt habe. Daß die Polizei den Verbleib der beiden geraubten Uhren nicht ermitteln habe, liege nicht an ihm. Er habe sie noch am 2. November auf dem Leihamt für 27 M. verlehrt. Wenn die Adressaten auf das Anerbieten nicht eingingen, so würde es ihr Schaden sein. Am 24. Dezember um 6 Uhr sollen die Adressaten nach einem Zeitungskiosk den Vorschuh senden. Unterzeichnet war der Erpresserbrief mit Argus R.

Die beiden Brüder warteten vergeblich am 24. Dezember auf den Geldbrief. Die Adressaten hatten den Brief erst am 25. Dezember erhalten und schickten ihn dann mit der Polizei in Verbindung. Redaktionen ergaben, daß in der Tat die Uhren auf dem Städtischen Leihamt verlehrt waren und daß die Handschrift des Briefes mit der auf den Postanweisungen gebrauchten identisch war. Ohne Zweifel war also Argus R. der solange vergeblich gesuchte Mörder der Friedrichschen Eheleute.

Die Polizei veranlaßte dann, daß die Herren Weber in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Inserate erließen. Am 8. Januar erhielt Weber einen zweiten Erpresserbrief von Karl Koppius. Die erste Seite hatte Fritz Koppius auf dem Postamt geschrieben. Da er aber, erzählte Karl, darüber schimpfte, daß solche Schreibererei der reine Wahnsinn sei, nahm ich den Brief aus der Hand und schrieb ihn zu Ende. In dem Brief wird die Ungefährlichkeit der Polizei und die Polizeifälle in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ verhöhnt und zum Schluß gefordert: falls Weber auf das Verlagsgeschäft nicht eingingen wolle, solle er 1000 M. Abfindungssumme an einem bestimmten Zeitungskiosk niederlegen. Dem Verlangen wurde entsprochen. Die beiden Koppius sahen aber, daß der Zeitungskiosk polizeilich überwacht war. Sie sahen sich die Polizei-

Die Differenz. Der Geschäftsmann: Der Wein kostet jetzt 50 Pf. mehr pro 100 Liter. Da werd' ich den Liter um 10 teurer verkaufen. So komm ich auf meine Kosten. Die Miets. Der Mieter: Warum soll ich denn soviel mehr Miete zahlen? Der Hausherr: Weil Sie ebensoviele mehr verdienen. Der Schnaps bleibt ihm treu. Der Hungende: Sie können den Schnapspreis ruhig weiter erhöhen; er wird immer noch billiger als eine Maßzeit bleiben. Auch die Liebe. Das Liebchen: Schatz, Du weißt, daß alles teuer wird, da müssen auch die Liebhaber mehr rauskröden. (L'assiette au burro.)

Notizen.

Die Sonntagskonzerte im Schiller-Theater Charlottenburg nehmen ihren Anfang am 16. Oktober. Der erste bis zum 11. Dezember dauernde Zyklus wird ein sehr reichhaltiges Programm bringen. Im ersten Konzert kommt je ein Trio von Tschakowsky und Beethoven zum Vortrag, für den gesanglichen Teil ist Anton Siffermans gewonnen worden. Das zweite Konzert bringt ein Quartett des russischen Komponisten Arensky und Beethovens Streichtrio in Es-dur. Für das dritte Konzert sind ausschließlich Werke von Johann Sebastian Bach angelehrt, darunter das Trio für Flöte, Violine und Klavier in C-moll aus dem „Musikalischen Opfer“ und die sogenannte Kaffeekantate. Das fünfte Konzert wird ausschließlich Mozart gewidmet sein. — Für den ersten Zyklus von fünf Konzerten wird ein übertragbares Abonnement ausgegeben, das zum Preise von 2,50 und 3,50 M. (einschließlich Garderobe und Programm) zu haben ist.

Die Fritz-Reuter-Ausstellung ist vom Künstlerhaus in Abgeordnetenhause übergesiedelt und wird dort im Festsaal Freitag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr eröffnet.

Eine neue Schopenhauer-Ausgabe wird von dem Münchner Verlag H. Piper u. Co. angekündigt. Die Leistung dieses Unternehmens hat Prof. Deussen übernommen. Die Ausgabe soll einen absolut korrekten Text bieten, dazu an Vollständigkeit alle bisherigen übertreffen. Komentlich sollen auch der Nachlaß und die Briefe, soweit sie erreichbar sind, zum erstenmal vollständig publiziert werden. Die zollreichen fremdsprachlichen Plakate werden sämtlich auch in deutscher Uebersetzung gegeben werden.

Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur veranstaltet die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg. Sie führt in typischen Beispielen die Ergebnisse der Schundliteratur und die besten Gegenmittel zu ihrer Verdrängung vor. Diese Ausstellung soll auch an andere Städte teilweise abgegeben werden.

Kleines feuilleton.

Die Stadt der Revolution. Lissabon, Portugals Hauptstadt an der Tejomündung, das jetzt die Stätte des siegreichen Volkstums geworden ist, hat schon vielerlei Zerstörungen und furchtbare Unglücksfälle erlebt. Im 10. Jahrhundert wurde die von den Arabern Mafschuna genannte Stadt vollkommen zerstört und war, als sie die „Ungläubigen“ wieder aufgebaut hatten, der Mittelwelt zahlloser Kämpfe, bis sie endlich Alfonso I. von Portugal mit Hilfe der Kreuzfahrer für immer den Händen der Mohammedaner entriß. Die christliche Hauptstadt brachte dann das Erdbeben von 1344 und die Pest von 1348 wieder der Vernichtung nahe; Heinrich II. von Kastilien plünderte und verbrannte den unteren Teil der Stadt. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kam mit der höchsten Entwicklung der seefahrenden Portugiesen auch die schönste Blüte Lissabons als der ersten Handelsstadt der Welt. Doch alle Herrlichkeiten und Schätze der Architektur und Kunst, die damals aufgeschafft wurden, erlagen dem furchtbaren Erdbeben vom 1. November 1755, das zwei Drittel der Stadt völlig dem Erdboden gleichmachte und in ganz Europa das größte Wüstenfeld mit Lissabon hervorrief. Nur das östliche Lissabon ist von diesem Erdbeben verschont geblieben und erinnert, wenigstens in seinem unteren Teil Alfama, mit seinem gewirrten engen Gäßchen und alter Häuser an die große Vergangenheit, vom Zeitalter der Entdeckungen bis zu den Tagen der Mauten und der alten Römer. Das neue Lissabon, wie es nach 1755 durch die großartige organisatorische Kraft von Portugals bedeutendstem Staatsmann Pombal aus Schutt und Trümmern hervorstieg, ist eine der schönsten Hafenplätze der Welt. In einer Länge von 8 Kilometern entfaltet sich die Stadt, an der Meeresküste entlang amphitheatralisch aufgebaut, auf den zahlreichen Hügeln, die sich in sanften abnehmungsreichen Stimmenschwüngen erheben. Wundervoll ist der Anblick dieser vier Stadtviertel, die sich in der herrlichen Umrahmung einer üppigen Vegetation zu einem blühenden Ganzen vereinen. In der Sonne leuchten dann aus dem Grün die alten Türme, vor allem der gewaltige Torre de Belem in seinem maurisch-gotischen Schmuck die vielen schönen Kirchen. Ueberall stimmen die Giebel des Herbor, die bunten Fenestren, die den eigenartigen Schmelz der Häuser bilden. Lissabon ist in neuester Zeit zu einer großen Lagerstätte ausgebaut worden. Diese Festungsanlagen, die besonders an der Tejomündung sehr stark sind, haben in den jüngsten Kämpfen verewilligt eine große Rolle gespielt. Das königliche Schloß der Paço das Recesidades, mit seinem weiten Park und der Schloßkirche, das nicht allzu weit von dem Hafen liegt, ist der Zielpunkt, auf den das Bombardement gerichtet war. Die beiden anderen von den früheren Königen bewohnten Schloßer, die in dem Stadtteil

Lissabon auffallen, sind der Paço de Belem und das imposante Ajuda-Schloß, das sich mitten in dem herrlichen botanischen Garten erhebt. Lissabon ist auch heute noch ein wichtiger Handelshafen, der besonders den Verkehr mit Europa und Südamerika vermittelt. Die Flaggen von England, Deutschland, Frankreich dominieren im Hafen über die von Portugal.

Eltern im Kindesalter. Im Orient werden die Menschen sehr viel früher heiratsfähig und geben infolgedessen oftmals auch in erstaunlich jungem Alter Ehen oder solche Verhältnisse, wie sie nach dem Stande der Kultur des betreffenden Volkes an deren Stelle treten, ein. Besonders bekannt sind diese Zustände von Indien her, wo sie sich allmählich zu einer Art von sozialer Gefahr entwickelt haben, so daß die regierenden Behörden ihnen entgegen zu arbeiten beschlossen haben. Gewöhnlich wird angenommen, daß diese Erscheinung auf ein tropisches oder subtropisches Klima beschränkt ist. Diese Regel scheint aber zum mindesten in vereinzelten Fällen Ausnahmen zu erleiden, denn vielleicht das merkwürdigste Beispiel einer Frühheirat, das jemals mit Sicherheit ermittelt worden ist, hat der „Rancet“-Korrespondent in Peking jetzt in einer Gegend von China ausfindig gemacht, die in ihrem Klima durchaus nichts Tropisches hat. Dort gibt es also ein glückliches Elternpaar, das nach dem Geburtregister 9 bzw. 8 Jahre alt ist. Da aber in China der Brauch besteht, den Kindern bei der Geburt ein Alter von einem Jahr beizulegen, so würde nach unserer Rechnung der männliche Teil dieses Paares erst 8, der weibliche erst 7 Jahre alt sein. Das Wunder kam zur Kenntnis des europäischen Arztes bereits in sehr bestimmter Form, nämlich mit voller Namens- und Ordungangabe und auch unter Hinzufügung einer Photographie, auf der die siebenjährige Mutter ihr Kleines, das bei der Geburt ungefähr einen Fuß lang war, stolz hält. Immerhin scheint der Fall selbst in China erhebliches Aufsehen erregt zu haben, weil der Gouverneur der nordchinesischen Provinz Schansi, wo das Ereignis eingetreten ist, einen amtlichen Bericht darüber nach Peking geschickt hat. Außerdem hat der deutsche Arzt durch einen chinesischen Freund noch besondere Nachforschungen anstellen lassen, die zu einer vollen Bestätigung aller erwähnten Angaben geführt haben. In der medizinischen Literatur wurde bisher nur eine Mutter von 9 Jahren, oder niemals ein annähernd so junger Vater erwähnt.

Humor und Satire.

Alles wird teurer!

Das Prinzip. Der Angestellte: Bis wie weit kam man diese Preise steigen lassen? — Der Prinzipal: Bis wir den ersten Pfasterstein im Schaufenster haben. Der „echte“ Kaffee. Er: Ich kann den Kaffeepreis nicht weiter steigern; die Kundschaft würde Spektakel schlagen. — Sie: Dann nimm doch mehr Johore.

agenten, darunter auch einen Berliner Polizeioffizier, der als Straßenscheiter verkleidet war, an und fanden es geratener, fern vom Schuß zu bleiben. Die Polizei hatte die beiden Brüder Koppius nicht bemerkt.

Nach weiterer Interaktion, die Weber im Auftrage der Behörde erhielt, erhielt Weber am 23. Januar einen dritten Expressbrief mit der Aufforderung, 1000 M. bei einem Bäckermeister zu hinterlegen. Karl Koppius erklärte, er habe geglaubt, wenn auch nicht die volle Summe, so doch einige hundert Mark zu erhalten. Auf Wunsch der Staatsanwaltschaft hinterlegte Herr Weber 100 M. in einem Kasten bei dem Bäckermeister. Ein Haufe Polizeibeamter beobachteten vergeblich den Bäckermeisterladen. Nach einigen Tagen wurden alle Beamte bis auf einen zurückgezogen. Am nächsten Tage kam ein Messinger-Bote, holte das Kasten ab, brachte es nach dem Messinger-Bote-Kontor; dort holte es Karl Koppius ab. Nach ihm erschien auf der Bildfläche die Polizei.

In einem weiteren Expressbrief verlangte Karl Koppius Hinterlegung des Geldes in der Konditorei von Rühlberg in einem Kasten. Das Mädchen ließ er durch ein Mädchen abholen. Am 11. Februar, als das Mädchen das Kasten in der Nähe des alten Rathhaus' brachte, näherte sich Karl Koppius, wie er gestern in der Verhandlung erzählte, vorsichtig an einer Semmel laufend. Als er gerade im Begriff war, auf das Mädchen loszugehen, umtarmte der Kriminalschutzmann Hoffman von hinten die Arme und schrie: Das ist er, hierher! Karl Koppius antwortete ganz ruhig: Was ist denn das, wer sind Sie? Der Beamte fragte das Mädchen, ob sie dem Karl R. den Brief gegeben hätte. Das Mädchen bejahte, weil Karl inzwischen seinen Hut mit einem auf-fallenderen seines Bruders vertauscht hatte. Er nannte seinen richtigen Namen und — der Kriminalbeamte ließ ihn wieder los, in der Tasche hatte er einen angefangenen Brief an Weber.

In einem späteren Brief schloß er wieder die ganze Sache, erwähnte aber nicht seine Verhaftung. Als er wieder mal Geld abholen wollte, ließ er davon ab, weil ein tadelfreier Kriminalbeamter als Depeschbote ankam. Ich kannte zwar den Mann ebensowenig wie irgend einen anderen Kriminalbeamten, sagte Karl Koppius aus, aber sein Benehmen zeigte es mir sofort. Er kam sehr scharf angefahren, sah scharf nach allen Seiten, klingelte fortwährend und war vor allem für einen Depeschboten viel zu alt. Bis zum 16. Februar 1900 wurde das Duzend an Expressbriefen voll gemacht. Am 5. Dezember 1900 folgte Nummer 13, in dem 10000 M. verlangt wurden.

Auf die Idee, mit den Expressbriefen fortzufahren, kam Karl Koppius erst wieder, als er im Juni 1910 eine militärische Uebung abmachte. Ursprünglich hatte er die Absicht, den letzten Expressbrief während der Uebung in Uniform auszuführen, er kam aber nicht dazu. Der Expressbrief wurde am 16. Juli dem Herrn Weber ins Haus gesendet. Der Junge, der den Brief überbrachte, sollte das Paket mit Geld überbringen. Die beiden Brüder sahen, daß der Junge ohne Paket ankam. Während sie miteinander sprachen, sahen sie, daß das Webersche Automobil herangefahren kam. Karl erzählt nun: Am dem Tage hatte ich keine rechte Gesellschaft mehr, ich hatte nichts gegeben. Es wäre Wahnsinn gewesen, so langsam wie ich war, zu laufen. Ich ließ ruhig das Webersche Automobil herkommen und wurde nun durch Weber und seinen Chauffeur festgenommen.

Aus der weiteren Beweisaufnahme ist nur hervorzuheben: nach dem angeblichen Rudolf ist vergeblich recherchiert worden; die Polizei nimmt an, er existiert gar nicht.

Den Verhaftungen wurden 21 Schuldfragen vorgelegt. Sie betreffen bei Karl Koppius Raubverbrechen gegenüber dem Geldbriefträger Kühner und vollendeten schweren Raub, ferner versuchten Mord auf Frau Wagner. Bei beiden Angeklagten lauten die Schuldfragen auf gemeinsamen Mord an den Eheleuten Friedrich, versuchten Raub an dem Briefträger Froberg, Mordversuch und versuchten Raub gegen das Dienstmädchen Schmitt und Frau Kauber, sowie auf Erpressungen und Bedrohungen mit Mord gegenüber dem Inhaber der Firma J. J. Weber durch mehrere fortgesetzte Handlungen.

Aus den

Wahrsagen des Staatsanwalts und der Verteidigung

dürften die Ausführungen hervorzuheben sein, die sich über die Gründe ausließen, welche die Koppius zu Verbrechen machten. Der Staatsanwalt Dr. Müller führte zu diesem Punkt aus: Die Angeklagten haben keine gute Jugend hinter sich. Der Vater war ein Trinker, sie haben zu Hause Rot und Glend kennen gelernt. Auf der Schule haben sie sich gut geführt und gut gelernt. Sie wollten eine Profession erlernen, aber der Vater wünschte, daß sie schnell das Geld verdienen, das er infolge des Trunks für seine Familie nicht verdienen konnte. Beide Angeklagte sind über den Durchschnitt besetzt. Das gilt besonders von Karl Koppius. Aus seinen Briefen geht ja deutlich hervor, daß seine Bildung über die der Kreise, denen er angehört, hinausgeht. Er war bemüht, sich selbst weiterzubilden. Er hat griechische und lateinische Klassiker gelesen, und in seinen Briefen kommen ja auch einzelne lateinische Sätze vor. Auch Französisch suchte er zu lernen. Beim Militär hatte er sich einwandfrei geführt. Da muß sich jeder fragen: Wie war es möglich, daß Karl Koppius so schnell zum Verbrecher wurde? Die Antwort gibt er uns selbst: In einem seiner Briefe sagt er: In mir leben Sie einen Menschen und doch zwei Wesen. Ich kann es nicht anders erklären, als daß in ihm die Bestie schon immer geschlummert hat. Die Bestie wurde durch seinen Weiz und durch die Sucht nach Geld geweckt. Hingru kommt die Eitelkeit. Er hatte, wie er glaubhaft angibt, vor seiner Heirat nie Beziehungen zum weiblichen Geschlecht. Er wollte seiner Frau, die er innig liebte, mehr gelten, als er war. Deshalb machte er falsche Vorspiegelungen. So kam er auf die Bahn des Spiels. Er ging zu Plänen und wettete, alles in dem Bestreben, der Frau als gute Partie zu gelten. Aber diese Versuche mißlingen, und er verlor auch sein erspartes Geld.

Der Verteidiger Dr. Jung führt u. a. aus: Es gibt einige Angelegenheiten, die Karl Koppius vielleicht doch sein ganz normaler Mensch ist, daß seine Taten dem Wahnsinn entsprangen. Sein Vater war ein Trinker, sein Vater und Großvater zeichnen sich durch besonderen Jähzorn aus. Auch seine Taten sind nicht ganz frei von Spuren einer geminderten Berechnungsfähigkeit. Ich erinnere sie an sein planlos ausgeführtes Attentat auf Frau Wagner und die proklamerischen Selbstbezüglichungen in den Expressbriefen. Aber natürlich mindert das nicht seine volle juristische Verantwortlichkeit, und es muß der höheren Einsicht überlassen bleiben, den Ausgleich zu finden, wenn wir mit der Strafe irren sollten. Was uns am meisten am Schicksal des Angeklagten erschüttert, ist der unmittelbare Uebergang von einem achtungswürdigen Menschen, der er in seiner Jugend war, bis zur tiefsten Stufe des schwersten Verbrechens. Bis zu seinem 19. Lebensjahre gab der Angeklagte seinen ganzen Verdienst dem Eltern, sein einziger Schmerz war, daß er nicht als gelernter Arbeiter höher stehen konnte. Seine Militärzeit war eine glückliche Zeit für ihn. Der Offizier, bei dem er als Bursche war, schrieb mir, daß er in seiner langen Dienstzeit noch niemals einen Burschen so treu und anhänglich gefunden hatte, daß Koppius ein vorzüglicher Soldat war. Der Offizier teilte mir weiter mit, daß er am Geburtstag seines Sohnes schon in der Nacht aufstand, um das Bett des Knaben über und über mit Blumen zu bedecken. Das war Karl Koppius, der jetzt als Mörder vor Ihnen steht. Er wollte beim Militär bleiben und sich dort einen Weg zu höherer Stellung bahnen, aber das winzige Vergeben, das ihn als Zwölffährigen auf drei Tage ins Gefängnis gebracht hatte, verschloß ihm auch diese Möglichkeit des Emporkommens. Er kam nach Leipzig und seine einzige Sorge war, Mutter und Geschwister ein behagliches Leben zu bereiten. Das war sein Verberben, er nahm eine Last auf sich, der er nicht gewachsen war. Sporen war das Ziel seines Lebens, und gerade dieses Sporen wurde ihm jetzt unmöglich. Zu seinem Unglück wurde er durch seinen Verfall als Berliner in die Kreise der Spieler hineingezogen. Dem Angeklagten schlug das Wetten fehl, er geriet in furchtbaren Glend. Seine Mutter und Frau, die er abgöttisch liebte, mußten darben. So kam er zu der Tat an Kühner. Von da an dietat Koppius kein

psychologisches Interesse mehr. Der einzige Nichtigkeits bleibt vielleicht noch seine unveränderte Verwandtenliebe, vor allem die Liebe zu seiner Frau. Zu dem Verbrecher trieb ihn seine stärkere Intelligenz, die durch keine Bildung gegügelt war. Wohl hatte er stets einen Heißhunger nach Bildung, er hatte schon als Neunzehnjähriger alle deutschen Klassiker gelesen, und sich sogar für griechische und römische Klassiker interessiert. Aber was er in sich aufgenommen hatte, vermag er nicht zu verdauen. Den inneren Halt und den Glauben hat der Angeklagte früh verloren. Der Lehre von der Souveränität des menschlichen Willens hatte seine sittliche Grundlage nicht standgehalten. Ich will damit nichts entschuldigen. Wir können trauern über den Verlust einer solchen Seele, aber wir müssen scharf eine Scheidung vornehmen zwischen der menschlichen Gesellschaft und einem solchen Glied.

Vorsichtiger: Haben die Angeklagten noch etwas zu ihrer Verteidigung vorzubringen? — Karl Koppius (mit starker Stimme): Zu meiner Verteidigung habe ich nichts vorzubringen, nachdem mein Verteidiger gesprochen hat. Aber zur Verteidigung meines Bruders Fritz möchte ich noch einige Worte sagen. Ich bitte, meinem Bruder Fritz mildernde Umstände zuzubilligen, denn er ist durch mich zum Verbrecher geworden. Wenn ich es ihm nicht erzählt hätte, daß ich die erste Tat begangen hatte, wäre er niemals so weit gekommen. Eine Bestie hat in meinem Bruder Fritz nicht geschlummert. Das glaube ich nicht, das kann nicht sein. Die Menschen urteilen immer nach dem, was sie sehen. Manchmal aber liegen die Verhältnisse ganz anders. — Fritz Koppius: Zu meiner Verteidigung habe ich auch nichts mehr zu sagen. Ich möchte nur das eine sagen, daß die Aussage meines Bruders Karl, ich hätte gesagt, er sei feig, nicht stimmt.

Mit fürchterlicher Deutlichkeit zeigt, wie der Staatsanwalt und die Verteidiger halb andeuten, daß Schicksal der beiden verurteilten Brüder, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung selbst der Vater der beiden Brüder sich verleben ließen. Dem einen wird das Emporkommen verschlossen und der Lebensweg verbittert, weil er als Junge Fleischstücke gestohlen hatte. Spiel, das er beim Militär gelernt hatte, nahm ihm jeden moralischen Halt. Seine Jugend wie die seines Bruders war eine traurige als Kinder eines Trinkers. Empörung, Verzweiflung und Hunger trieben Karl Koppius, der den Weg zum Anschluß an die Sozialdemokratie nicht gefunden hatte, die die Umwälzung der Gesellschaftsordnung und die Beseitigung der Fülle von Unrecht anstrebt, das mit ihr verbunden ist. Er wurde ein auf sich selbst gestellter Individualist, Zyniker, Verbrecher, Mörder, Erpresser. Sein Bruder Fritz wird aus einem halbwegs geordneten Leben und vom Wege zum Anschluß an die Sozialdemokratie dadurch abgedrängt, daß sein Arbeitgeber ihn deshalb aus der Arbeit entläßt, weil er der Gewerkschaft angehört. Arbeitslosigkeit und Hunger werfen ihn in die Arme der Versuchung zum Reichtum auf dem Wege des Verbrechens. Eine scharfe Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung sind die von den Brüdern Koppius ausgeführten Verbrechen.

Wie eine groteske Humoreske mutet daneben die völlige Unfähigkeit der Staatsanwaltschaft und der Polizei zur Aufdeckung der wirklichen Verbrecher an. Durch einen Zufall laufen sie dem durch Expressbriefe gepönbten Mann in die Arme. Die Unfähigkeit der Staatsanwaltschaft und der Polizei haben nicht zuletzt darin ihren Grund, daß diese Behörden, statt allein Verbrechen und Entdeckung von Verbrechen nachzuspüren sowie die Ursachen der Verbrechen aufzudecken, sich mit politischen Dingen und mit Versuchen abgeben, Arbeiter und Arbeitervertreter zu verfolgen, die nach Hebung der Kultur und Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur streben. Diese Behörden müssen bei der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe versagen, weil sie im Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete als Mittel gegen die Arbeiter mißbraucht werden. Die Verhandlung hat bewahrt, was wir vor einigen Monaten unter Bezugnahme auf den Fall Argus R. schrieben:

„Einenfalls zeigt sich hier, in wie eminentem Grade die Sicherheit des Lebens und Eigentums durch die von der herrschenden Klasse den Strafverfolgungsbehörden zugewiesenen politischen Aufgaben leidet. So paradox es klingen mag, so wahr ist es, wie der Fall Argus R. wieder mal beweist: Staatsanwaltschaft und Polizei müssen infolge ihrer heutigen Organisation und infolge der ihr zugewiesenen politischen Tätigkeiten in wachsendem Maße zur Verfolgung wirklicher Verbrecher unfähig und selbst zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit werden.“

Nicht der Fall Argus R. allein beweist dies. Jeder Tag bringt uns neue schlagende Beispiele. Wir brauchen nur zu erinnern an Moabit und die dort von Arbeitswilligen unter polizeilichem Schutz ausgeübten Verbrechen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Gemeinderat.

In dem heftigen Ort Steinbach bei Frankfurt eroberte die Sozialdemokratie bei der Gemeindevahl sämtliche Sitze. Nur der Bürgermeister gehört der Partei nicht an.

Die Organisationen zum Parteitag.

Badische Organisationen.

In Freiburg erstattete Genosse Parteisekretär Engler Bericht. Er bediente sich eigenartiger Mittel, um die Amalie des Antrages Jubel als ein Verbrechen an der Würdlichkeit hinzustellen, so behauptete er u. a. fröhlich: „manche von denen, welche am Mittwochabend mitgemacht haben, hätten es am anderen Tage bereut.“

Nach solcher Berichterstattung traten sämtliche Diskussionsredner dem Referenten bei.

In Heidenheim, einem karlsruher Vorort, hatte Genosse Kold bei der Berichterstattung „ungeheilten Verfall“ und die Genugtuung, daß der Antrag Jubel, „weil er jedenfalls eine Lösung der Budgetfrage bedeute, für nicht richtig erklärt wurde.“

In der Wahlvereinsversammlung zu Bruchsal hielt Genosse Willi Karlsruher bei seinem Referat nur auf Widerspruch in der Diskussion. Der „Vollstrecker“ nennt in seinem Bericht die Aufklärungen Wilks „vorzüglich“, aber den Widerspruch des Wahlvereinsvorsitzenden Müller heißt es: „er schlug sich, wie ja nicht anders zu erwarten war, auf die Seite der Kandidaten.“ — Das viele Süddeutsche und auch Wadener nicht auf Kolbs und Wilks Seite waren, braucht der Leser des „Vollstrecker“ nicht zu wissen.

In einer Parteiversammlung in Dortmund erstattete Genosse Hänich den Bericht vom Parteitag. Er wendet sich scharf gegen die Wadenser und die Statuierung eines doppelten Rechts. Er verteidigt den Zusammenschluß der Radikalen als eine Abwehrmaßregel und bekreidet, daß hinter dem süddeutschen Abgeordneten die Massen der Proletarier stehen. Betreffend die Wahlrechtsdebatte meinte er, gerade weil sich im letzten Frühjahr gezeigt, daß der Gedanke des Klassenstreiks noch nicht Wurzel gefaßt hätte in den breiten Arbeitermassen,

sei eine um so intensivere Propaganda für diesen Gedanken geboten. In der Diskussion führte Hänich u. a. aus: Wenn Genosse Frank eine Dummheit gemacht hätte, bräuchte die Mehrheit des Parteitages keine größere zu machen. Der Jörn sei ein schlechter Ratgeber. Schewe meint, Hänich habe gesagt, in Magdeburg sei der Revisionismus totgeklagen worden. Das wäre schämlich, denn wer auf dem Boden des Marxismus steht, der sei auch Revisionist. Kupprath wendet sich gegen die künstliche Unterabteilung von Radikalen und Revisionisten. Er kritisiert aber den Disziplinbruch. Derms-Castrop findet es bedauerlich, daß man die Genossen nicht nach ihrer Qualität als Sozialdemokrat, sondern nach ihrer Stellung zum Individualismus bemerke. Die „Arbeiterzeitung“ habe über die Frage des Budgetstreits einseitig berichtet. Frau Ley erklärt, daß sie sich anfangs an den Sonderberufungen nicht beteiligt, daß sie aber zum Schluß gemeint habe, daß endlich eine Bahn geschaffen werden müsse. Weigen weist darauf hin, daß ein Genosse beim Genossen Bömelburg (Reichstagsabgeordneter des Kreises) angefragt habe, wie er sich zum Revisionismus stelle. Bömelburg habe erklärt, er kenne keinen Revisionismus. Jetzt sehe man, wie weit sich der Revisionismus eingenistet habe. Nachdem Genosse Reichlich von der „Arbeiterzeitung“ den Vorwurf einseitiger Behandlung der Budgetfrage zurückgewiesen, wurde die Versammlung vertagt.

In einer gutbesuchten Versammlung nahm am Mittwoch der Sozialdemokratische Verein zu Weimar Stellung zu den Beschlüssen des Parteitages in Magdeburg. Genosse Baudert bezeichnete es u. a. als erfreulich, daß die Delegierten aus den Thüringer Staaten, ohne jede Verabredung, geschlossen für die Resolution der Wehrkraft eingetreten seien. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

Der Sozialdemokratische Verein, Ortsgruppe Weimar, erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages in Magdeburg einverstanden, insbesondere billigt die Verammlung das Verhalten ihres Delegierten in der Budgetfrage. Die Parteigenossen in Weimar sprechen dabei die Erwartung aus, daß Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen und tatsächlichen Fragen keinen Anlaß zum Disziplinbruch geben dürfen. Die Einheit der Partei darf nicht zerfallen werden durch solche Handlungen einzelner Parteigenossen, mit denen sich diese selbst außerhalb der Partei stellen. Deshalb sprechen die Parteigenossen in Weimar ihre besondere Befriedigung darüber aus, daß die große Mehrheit des Parteitages die Erklärung Webers im Namen des Parteivorstandes zum Beschluß erhob, nach der die Wahrung der in der Budgetfrage angenommenen Resolution die Voraussetzungen zum Ausschluß aus der Partei schafft.

Ein Extrablatt des „Wahren Jakob“, das den Titel trägt „Der Feldzug in Moabit“, wird in diesen Tagen außer Abonnement zum Preise von 10 Pf. erscheinen. Das Extrablatt wird sich in Text und Bild in satirischer Darstellung mit den Polizeischlägen befassen, die von den Truppen des Herrn v. Jagow der Berliner Bevölkerung in den Straßen von Moabit geliefert worden sind. Angefächelt der allgemeinen Erregung der öffentlichen Meinung über die Geldtaten der Polizei wird das Extrablatt auf das Interesse der breitesten Schichten der Bevölkerung rechnen können. Bestellungen können umgehend an alle Buchhandlungen und Kolporteurs sowie an den Verlag in Stuttgart gerichtet werden.

Zum Konflikt in der tschechischen Sozialdemokratie.

Zu der Meldung von der drohenden Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie, die wir gestern verzeichneten, wird uns noch geschrieben:

Gleichzeitig mit einem neuen Eingangsversuch der österreichischen Gesamtpartei werden Erscheinungen in der tschechischen Sozialdemokratie bekannt, die so schimmer Art sind, daß man nun die schnelle Brandigung des aus dem Streit um die Gewerkschaftsorganisation hervorgegangenen Konflikts als oberste Aufgabe aller ehrlichen tschechischen Sozialisten bezeichnen muß.

Im Mai wurden aus der tschechischen Sozialdemokratie fünfzehn politische Organisationen von Brunn und Umgebung, in denen die gewerkschaftlich zentralistisch gestimmten Genossen die Mehrheit hatten, ausgeschlossen! Der Konflikt knüpfte an die Ratifizierung, die wegen der gewerkschaftlichen Spaltung getrennt begangen wurde! Diese 15 Organisationen mit angeblich einigen tausend Mitgliedern veröffentlichten nun im Brünner zentralistischen Abwehrorgan „Proletar“ einen Aufruf, worin sie geradezu die Gründung einer eigenen Partei ankündigen und zu nächst ein vorbereitendes Exekutivkomitee einsetzen. Die tschechische Parteileitung habe sich durch die Konferenzbeschlüsse vom 25. und 26. September (Parteileitung, Abgeordnete und Wahlkreisvertrauensmänner), worin sie trotz Kopenhagens ihren separatistischen Standpunkt aufrechterhielt, außerhalb der Internationale gestellt, an der die Ausgeschlossenen mit aller Kraft festhalten wollen.

Das ist die Spaltung, wenn damit auch — leider — nur ausgesprochen wird, was längst vorauszu sehen war. Unerbört aber ist, daß der Prager „Pravo Lidu“ die Wiener Parteileitung beschuldigt, die Spaltung organisiert zu haben! Daß Viktor Adler erst jüngst in einem Artikel und einer Rede alle Spaltungsabsichten selbstverständlich zurückwies, wird von dem Hauptorgan als Komödie hingestellt, die gespielt wurde, um die tschechische Parteileitung einzuschäffern.

Aber wer hat die 15 Organisationen wegen Internationalismus aus der tschechischen Partei hinausgejagt?

Soziales.

Die Konkurrenzklausel vor dem Ausschuh des Berliner Kaufmannsgerichts.

Nach einem Zeitraum von fast einem Jahre trat der Ausschuh des Berliner Kaufmannsgerichts am Mittwoch zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme zu den bekannten Vorschlägen des Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Juni zur Regelung der Konkurrenzklausel. Der Minister hatte elf Fragen mit dem Ersuchen um Stellungnahme bis zum 15. September an die Handelsvertreterungen und Kaufmannsgerichte gerichtet.

Zu Beginn der Beratungen wurde seitens der Kaufleutebeisitzer und der Handelsgesellschaft gegen die späte Einberufung protestiert. Längst haben andere Vertretungen und Ausschüsse zu dem Erlaß Stellung genommen. Das größte Kaufmannsgericht Deutschlands sei aber außer Lage hierzu gewesen, weil eine Sitzung nicht anberaumt wurde. Scharf wurde auch gerügt, daß ein vom 18. März 1910 datierter Antrag von 20 Beisitzern sowie ein weiterer Antrag von 20 Beisitzern des Zentralverbandes der Handelsgesellschaften und Handelsgesellschaften Deutschlands, der Abänderungsvorschläge zur Reichsversicherungordnung betrifft, fünf und sieben Monate bis zur Anberaumung einer Sitzung hatten warten müssen. Der Vorsitzende konnte auf die leider so gut begründeten Beschwerden gegen seine ungeheuerliche Kummelei nur erwidern, in den Sommermonaten sei es schon schwierig, vier Beisitzer zu den Spruchkammern zusammenzubekommen, um wie viel schwieriger 20 Beisitzer zu einer Ausschuhung. Im September habe er seinen Urlaub angetreten und der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts habe die Sache wohl nicht für so wichtig gehalten; einen Versuch, die 20 Beisitzer zur Ausschuhung im Sommer zusammenzurufen, ist gar nicht unternommen worden.

Eine weitere Klage der Beisitzer betraf das seltsame Verhalten des Magistrats. Ein vor drei Jahren gestellter

Antrag, den Mitgliedern des Ausschusses die Abschriften der Sitzungsprotokolle zu übermitteln, ist mit der wunderlichen Begründung abgelehnt, dazu seien keine Mittel vorhanden. Am 22. Oktober 1909 wiederholter Antrag sowie ein Antrag, den „Jahresbericht über das Kaufmannsgericht in Berlin“ den Mitgliedern zuzustellen, hat überhaupt noch keine Antwort erhalten. Diese Tatsachen zeigen, wie tief bürokratische Langsamkeit und sozialpolitische Rückständigkeit den Magistrat beherrschen.

Bei der Beratung über die Konkurrenzklausele wurde von der Mehrzahl der Kaufleutebeisitzer für die Beibehaltung der Konkurrenzklausele eingetreten. Zugegeben wurde, daß großer Mißbrauch bei der Anwendung der Konkurrenzklausele getrieben ist. Auch wurde anerkannt, daß die Konkurrenzklausele für Angestellte mit minimalem Gehalt und für minderjährige Lehrlinge durchaus entbehrlich ist. Die Anwendbarkeit der Konkurrenzklausele gegen volljährige Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Arbeiter dürfe auch nur für dringende Fälle in Anwendung kommen; für diese sei sie aber unentbehrlich. Die Handlungsgehilfen selbst müßten ein Interesse an der Beibehaltung der Klausele haben, weil für den Fall der Befreiung der Konkurrenzklausele — nur noch wenige Angestellte mit Arbeiten, die besonderes Vertrauen erfordern, beschäftigt würden und das Einkommen eines großen Teiles der Angestellten sinken dürfte. Die Gehilfenbeisitzer sowie der Beisitzer der sozialdemokratischen Kaufleute verpflichten diese Argumente energisch. Die völlige Beseitigung der Konkurrenzklausele sei im Interesse der Handlungsgehilfen und des Kaufmannstandes dringend erforderlich. Gegen etwaigen Mißbrauch bieten die bestehenden Gesetze hinreichende Gewähr. Die Vorschläge des Ministers seien in keiner Weise geeignet, denn auf diesem Gebiete herrschenden Mißstand entgegenzutreten. Wie es in der Praxis aussieht, zeige folgender Umstand: Vor einiger Zeit haben Warenhausbesitzer mit Konkurrenzklausele angestelltes Personal ihrer Konkurrenz weggewagt, die Vertragsstrafe gezahlt und dann die Angestellten von neuem in ihren eigenen Geschäften unter das Joch der Konkurrenzklausele gebracht. § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb genüge vollkommen zur Schadloshaltung des Chefs gegen Mißbräuche von Gehilfen. Für sich selbst verlangen die Prinzipale vollständige Bewegungsfreiheit, wollen diese aber den Angestellten nicht zugestehen. Die Konkurrenzklausele unterbinde dem Gehilfen die Möglichkeit einer Verwertung seiner Arbeitskraft. Sie hindere ihn, die in jahrelanger Tätigkeit erworbenen Kenntnisse vorteilhaft anzuwenden. Die Klausele unterbinde Fortschritt und Kultur, deshalb sei der Antrag der Gehilfenbeisitzer gerechtfertigt: „Die heutige Versammlung des Gutachterausschusses erklärt als grundlegend für die weitere Beratung zum Vorschlage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Juni 1910, daß sie unbedingt auf dem Boden steht: die Konkurrenzklausele für Handlungsgehilfen ist zu beseitigen.“ Dieser Antrag wurde mit 9 Stimmen angenommen. Dafür stimmten 8 Gehilfenbeisitzer und der sozialdemokratische Kaufleutebeisitzer. Gegen denselben 7 Kaufleutebeisitzer und der Vorsitzende.

Nach Eintritt in die Spezialberatung der elf vom Minister aufgestellten Fragen wurde die Sitzung auf den nächsten Dienstag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Die Aktiengesellschaften bankrott gemacht werden.

Die Elberfelder Papierfabriken A.-G. Elberfeld und Berlin geben ein treffendes Beispiel dafür, wie Aktiengesellschaften unrentabel werden. Das Unternehmen gehörte noch vor wenigen Jahren zu den rentabelsten seiner Branche, es zahlte zuletzt — 1908 — noch 30 Proz. Dividende. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft, Bankier Reuberger, war auch in den Terraingeschäften am Teltowkanal außerordentlich engagiert. Die Terrain Spekulation trieb dort die Preise so in die Höhe, daß im wesentlichen aus diesem Grunde der Teltowkanal die auf ihn gesetzten wirtschaftlichen Erwartungen nicht erfüllen konnte. Die Industrie kann mit ihren Anlagen nicht an den Kanal heran, weil das Terrain zu teuer ist. Nur die Elberfelder Papierfabriken konnten es, weil die Leitung des Aufsichtsrats glaubte, dort Geschäfte machen zu können. Das Mutterunternehmen konnte für sich rentabel weiter arbeiten, aber es konnte das Berlin-Zehlendorfer Tochtergeschäft nicht mit über Wasser halten.

Und so sank erst die Dividende, und aus der Dividendenlosigkeit ist nun eine gründliche Unterbilanz geworden. Nicht wegen der Begehrtheit der Arbeiter! Die Arbeiterverhältnisse sind in dem Unternehmen, zumal in Berlin, sehr verbesserungsbedürftig. Na, verlorengegangen ist ja schließlich nichts! Was die Papieraktionäre einbüßten, setzten Terraininteressenten ein. Jetzt will man die Gesellschaft sanieren und zwar in der Art, daß auf die alten Aktien Zugunsten geleistet werden und neben der schon bestehenden Dreimonats-Dobligationsanleihe eine zweite in der Höhe von einer Million zur Ausgabe gelangt. Vielleicht kommen so die Leute, die noch Forderungen an das Unternehmen haben, zu ihrem Gelde. Wenn das erledigt ist, wird die Gesellschaft wahrlich endlich alsbald verschwinden. So werden nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen „verdient“. Die Unternehmen dieser Art gehen nicht an den Vermögensforderungen der Arbeiter, sondern an den Millionenbedürfnissen einzelner Leute bankrott. Das hindert natürlich nicht, sich bei der nächsten Gelegenheit hinzustellen und über die der Industrie verderbliche Unzufriedenheit und Unersättlichkeit der Arbeiter Enttäuschungsstimmung loszulassen.

Die Preissteigerungen für Fleisch.

Betrachten wir die Bewegung der Fleischpreise nach den amtlichen Notierungen in 50 preussischen Städten, so kaufte man in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres im Durchschnitt 1 Kilogramm Rind-, 1 Kilogramm Kalb- und 1 Kilogramm Schweinefleisch zusammen für 5 M. und 1 Pf. In der ersten Hälfte des September mußte man dafür 6 M. 19 Pf. bezahlen, das heißt es ist ein Aufschlag von 4 Proz. eingetreten. Das Kilo Fleisch kostete im Durchschnitt der drei Sorten 6 Pfennig mehr. Man gibt es trotz dieser durchschnittlichen Steigerung immer noch einige Städte, wo die Fleischpreise gegen Januar sogar zurückgegangen sind. So kaufte man in Breslau 1 Kilogramm Rind-, 1 Kilogramm Kalb- und 1 Kilogramm Schweinefleisch im September um 23, in Posen um 20 Pf. billiger als im Januar. In ein paar Städten ist der Preis gleich geblieben, in der Mehrzahl der Städte aber gestiegen. Betrachtet man die Bewegung der Preise für die einzelnen Fleischsorten, so hat im Durchschnitt aller Gerichts-orte Rindfleisch am meisten, nämlich von 1,58 auf 1,68 M. oder um 12 Pf. pro Kilogramm angezogen. Den absolut höchsten Preis hatten im September mit 1,88 M. die Städte Potsdam, Magdeburg, Emden und Frankfurt a. M., den niedrigsten mit 1,38 M., Braunschweig und Köslin. Zeigt sich bei Rindfleisch eine ziemlich allgemeine und allmähliche, im Durchschnitt aber kräftige Steigerung, so ist die Durchschnittsteigerung für Kalbfleisch zwar niedriger, aber um so schroffer sind die Preisänderungen in den einzelnen Orten. Im Durchschnitt ist der Preis für Kalbfleisch pro Kilogramm um 9,5 Pf. gestiegen, nämlich von 1,78 auf 1,875 M. Diese Steigerung macht etwa 5,4 Proz. aus. Welche erheblichen Aufschläge aber in einzelnen Städten gerade für Kalbfleisch erfolgt sind, dafür seien einige Beispiele angeführt. In Dortmund stieg der Preis für das Kilo um 40 Pf., in Cassel um 38, in Bielefeld um 34, in Erfurt und Hanau um je 30, in Gießen um 27, in Hannover um 23 und in Braunschweig um 20 Pf. Die Schweinefleischpreise zeigen im Durchschnitt der 50 Plätze eine Ermäßigung, und zwar von 1,67 M. in der zweiten Hälfte des Jahres auf 1,63 in der ersten Hälfte des Monats September. Es fehlt aber nicht an Plätzen mit erheblichen Preissteigerungen. Wir nennen hier Emden mit einer Verteuerung um 16 Pf. pro Kilogramm; Viefeld erhöhte seinen Preis um 10, Gießen und Reuß um je 7 Pf. Gleichgeblieben sind die Preise gegen Januar in Köslin, Bromberg, Stade, Hanau, Wiesbaden und in Sigmaringen. Ueber den Durchschnitt weit hinausgehende Ermäßigungen traten vor allem in Posen um 23 und in Breslau um 19 Pf. pro Kilogramm ein. Ferner ist Schweinefleisch merklich billiger geworden in Trier um 15, in Kaden um 10, in Magdeburg und Altona um je 9 Pf. Der absolut höchste Schweinefleischpreis wurde in Frankfurt a. M. mit 2,04 M. notiert, der niedrigste mit 1,38 M. wieder in Remel. Man sieht aus diesen starken Differenzen in der Preisbewegung, wie notwendig noch eine bessere Regelung der Viehzufuhr und ein Ausgleich der örtlichen Preischwankungen im Interesse der Konsumenten ist.

Aus aller Welt.

Hinter Klostermauern.

Einem schweren Verbrechen, an dem mehrere Mönche beteiligt sind, ist die russische Polizeibehörde auf die Spur gekommen. Wie dem „V. L.-A.“ aus Warschau berichtet wird, wurde Anfang August aus dem Dorf Jowady (Gouvernement Petrikau) eine männliche, furchtbar verstümmelte Leiche geborgen. Sie war in Wägen eingewickelt, die anscheinend als Postmaterial für ein Sofa gedient hatten. Jetzt ist es der Geheimpolizei ge-

lungen, einen Mitwisser des Verbrechens in der Person eines Droschkenführers zu ermitteln. Diese Spur führte zur Entdeckung eines furchtbaren Verbrechens: Der 38 Jahre alte Mönch Damazy Racozy bewog am 11. Juli seinen Bruder Wenzel, einen Beamten in Warschau, die 20 Jahre alte Helena Ostrowska zu heiraten. Seitdem verlebte Vater Damazy sehr häufig bei dem jungen Ehepaar. Plötzlich verschwand Wenzel Racozy aus Warschau. Seine Frau erzählte, er befände sich auf einer Geschäftsreise. Nun ist erwiesen, daß der unglückliche von seinem Bruder in einer Klosterzelle mit Hilfe des Klosterdieners Stanislaus Kaloj ermordet worden ist. Beide zerstückelten die Leiche und packten sie in Wägen, dann nahmen sie sich eine Droschke und fuhren mit ihrem unheimlichen Gepäck nach dem Teiche im Dorfe Jowady, wo sie die Leiche hineinwarfen. Auf der Rückfahrt erzwang der Mönch von dem Droschkenführer den Schwur, nichts zu verraten. Am vergangenen Sonnabend kam Damazy nach Warschau und ist seither mit seiner jungen Schwägerin spurlos verschwunden. Auch der Klosterdiener und ein anderer Mönch des Paulinerklosters, namens Georg, sind flüchtig. Es wurde eine Durchsichtung des Klosters vorgenommen. Mehrere Klosterdiener sind bereits verhaftet worden.

Moderne Schmuggler.

Den französischen Zollbehörden ist es endlich gelungen, drei Automobile habhaft zu werden, welche seit einiger Zeit die Grenzbehörden gefolgt haben, indem sie mit ihren Wagen in rasender Geschwindigkeit die Grenze passierten, ohne daß es möglich war, sie anzuhalten. Wie man richtig vermutet hatte, handelt es sich um Schmuggler. In beiden Wagen wurden insgesamt 1600 Kilogramm Sacharin gefunden, das von den Zollbehörden mit Beschlagnahme belegt wurde. Die beiden Verhafteten sind Franzosen und aus Lille gebürtig.

Ist denn lieben ein Verbrechen?

Schon wieder ist eine der Säulen des freilichen römischen Meritismus gebrochen. Ein junger Prälat, Pasquale Caccchio, ein Günstling des Kardinals Merry del Val, ist mit einer jungen und reichen Dame aus Neapel verheiratet und wird diese heiraten. Don Pasquale war Redakteur des „Osservatore Romano“ und hatte die „Informationen“ unter sich, wobei er die Anstifter und die Politik Merry del Val vertrat. Wie der „Messaggero“ meldet, war Don Pasquale als Frauenfreund bekannt, was seiner Karriere aber keinen Abbruch tat. Während seines sommerlichen Redaktionsurlaubs hat der junge Pasquale den entscheidenden Schritt getan. Die unhaltbaren Moralanschauungen innerhalb der katholischen Kirche werden durch die Affäre des Prälaten aufs greifteste beleuchtet. Solange sich ein Priester darauf beschränkt, den Frauen keine Liebeshuldigungen außerhalb der Ehe darzubringen, nehmen die geistlichen Vorgesetzten daran durchaus keinen Anstoß. Sie drücken vielmehr beide Augen zu denn der jugendliche Rost muß ausschäumen. Wehe aber demselben Geistlichen, wenn er wirklich „ernste Absichten“ bekennt. Für solch ein räudiges Schaf ist kein Platz in der Herde!

Kleine Notizen.

Schlagwetterexplosion. Auf Jeche Friedrich Ernestine in Stoppenberg bei Gelsenkirchen ereignete sich Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, eine schwere Schlagwetterexplosion, bei der drei Bergleute getötet wurden. Eine Leiche ist bereits geborgen, die Leichen der beiden anderen liegen noch unter dem Trümmerhaufen.

Im Jersin ermordet. In der Wohnung eines Kaufmanns Jontheim in Frankfurt a. M. fand man diesen und sein Dienstmädchen Brand erschossen vor. Es wird vermutet, daß das Mädchen, das schon verschiedenes Male im Jersinhaus war, den Dienstherrn und dann sich selbst erschossen hat.

Beim Viehschlachten vergiftet. Ein Schlächter Fettsberger schlachtete auf dem Viehhof in Wädlingen (Hessen) eine an der Milz erkrankte Kuh. Unvorsichtigerweise nahm er dabei das Messer in den Mund, wodurch er sich eine Infektion zuzog, die seinen baldigen Tod herbeiführte. Auch der Pächter des Viehhofes, der dem Schlächter Hilfe leistete, erlitt an der Hand eine Verletzung und ist an Blutvergiftung schwer erkrankt.

Mit Kiesel vergiftete sich aus Versehen die 26 Jahre alte Frau des Direktors Serra in Leipzig. Sie wollte Ratron einnehmen, griff aber unglücklicherweise Kiesel; nach einer halben Stunde starb die junge Frau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin **Berta Wartenberg** Rüstener Str. 13 gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Bestattungsfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im fünften Berliner Wahlkreis.
Unser langjähriges treues Mitglied, der Händler **August Krause** (2 Ableitung) ist nach langem Leiden am Mittwoch verstorben.
Ehre dem Andenken des allzeit tätigen Genossen!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Bestattungsfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Am 5. Oktober früh 8 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau **Berta geb. Seeber.**
Dies zeigt tiefbetäubt an
12935 **A. Wartenberg**, Rüstener Str. 13.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Bestattungsfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zustiftliche Reinstadtendorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Hermann Ramlow** am 4. Oktober plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Schönholz 14 aus statt. 75/15
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer **Rudolf Rennow** am 4. Oktober im Alter von 55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes in Wladensee (Eingang Seestraße) aus statt.
51/13 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzbildhauer **Max Kling** Kreisstr. 8 verstorben ist. 14/12
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Weidenfelder Friedhofes aus statt.
Ferner sind verstorben der Kaufmann **Siegfried Littauer** und der Harenhändler **Albert Hentschel.**
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Reinstadtendorf-Ost.
Am 4. Oktober verstarb unerwartet schnell infolge Herzschlages unser Genosse, der Gastwirt **Hermann Ramlow** Schönholz 14.
Seine Wirtstheorie und sein bewährtes Dofessum im Interesse des Protektariats sichern ihm in den Herzen der Genossen und Genossinnen ein
235/20 ehrendes Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Die Bezirksleitung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
sicht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen zu bevorzugen sind.

Nur ein Preis!
Fette junge Gänse 0,65
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.
Fette Suppenhähner, Jgg. Brathähner.
F. Wegner, 80., Mariannenstr. 24.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“
Sämtliche Touren am Sonntag, den 9. Oktober, fallen wegen der Veranlassungen aus. 2. Okt.; Am 8., 9. Uhr, Leuchturm. 12/11

Neu! Soziale Bühne: Hoch das Wahlrecht. Doppelter Moral. Empor zum Licht. Der Lehnstag. Die Bestände etc. **Theaterstücke.** RAUH & POHLE, Leipzig.

Möbel-Lechner
am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor
Wohnungseinrichtungen auf Kredit
— Hiesigen-Auswahl. —
1 Stuhl und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
2 Stuhl und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
Mod. Speisezimmer v. M. 850.— an, Anzahlung v. M. 50.— an
Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an. Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärt. Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 3 M. gutgeschrieben.
Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos**
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 11/16
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nchfg., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10110.
Auch Sonntags geöffnet.

Elfe-Cigaretten
393L*

Öffentliche politische Versammlungen

Sonntag, 9. Oktober, 12 Uhr mittags:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24.
Stadt-Theater Moabit, Alt-Moabit 47/49.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Germania-Festsäle, Chausseestraße 110.
Ballschmieders Etablissement, Gadtstraße 16.
Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Mila-Festsäle, Schönhauser Allee 130.
Lipps Brauerei, Am Friedrichshain.
Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
Graumann, Nannysstraße 27.

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.
Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 48/49.
„ Vereinsbrauerei, Hermannstraße.
Schöneberg: Rathausssäle, Meiningen Straße 8.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Wilmerſdorf: Gesellschaftshaus, Wilhelm-
ane 112.
Fichtenberg: P. Schwarz, Möllendorſtstraße 25.
Kummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 2.
Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße 102.

Tages-Ordnung:

Die Vorgänge in Moabit.

Referenten:

die Genossen Bahn, Dr. Oskar Kohn, Döring, Dütwell, Eichhorn,
Fromke, Handke, Hartmann, Paul Hirsch, Ledebour, Paul Müller,
Pfannkuch, Dr. Kurt Rosenfeld, Oswald Schumann, Stadthagen,
Ströbel, Stücklen, Vermuth, Wischick, Luise Ziek, Zubeil.

==== Jedermann ist zum Besuche freundlichst eingeladen. ====

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liesenſtr. 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr,
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

➔ Außerordentliche ➔

General-Versammlung unserer Verwaltungsstelle.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Regulationskarte und Mitgliedsbuch sind mitzubringen. Besondere Einladungen werden nicht verschickt.
128/2* Die Ortsverwaltung.

Holzbildhauer!

Freitag, den 7. Oktober d. J., pünktlich 6 1/2 Uhr, im Lokal
„Alhambra“, Wallner-Theater-Str. 15:

➔ Bericht der Kommission. ➔

Jeder Kollege erſcheine. Die Lohnkommission.

Verantwortl. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gloke, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Küchenmöbelbranche.

Montag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderſtr. 27c (unterer Saal):

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schreiber. 2. Bericht der einzelnen
Betriebe über die am 1. Oktober eingetretene Lohnerhöhung. 3. Verbands-
angelegenheiten.

Die Kollegen der Vororte ſind beſonders eingeladen.

Tischbranche.

Montag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderſtr. 27c (oberer Saal):

Versammlung für Berlin und Vororte.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 91/4

Ein einziger Freudenschrei
besagt, „Humor“ das Beste sei.



Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.

Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

„Centralbad“ Berlin-Rixdorf, Anzengruberstr. 25.

Gegenüber dem Hauptpostamt und dem Bärenhaus Joseph.
Wannenbäder, russisch-römische Bäder sowie alle sonstigen
medizinische Bäder. Schwimmabteilungen für Damen und
Herren, Tauchbassin usw.

Lieferant aller Krankenkassen!

Arbeiter=

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Selowskys

Bolero

Ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen

die
feinste 2 Pf.-Zigarette.

Gesetzlich geschützt!

„Silesia-Bad“

11242* Schlesiſche Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

Der Feldzug in Moabit.

Extrablatt des „Wahren Jacob“.

Das Extrablatt wird sich in Text und Bild in humoristisch-satirischer Darstellung mit den Polizeischlächten befassen, die von den Truppen des Herrn v. Jagow der Berliner Bevölkerung in den Straßen von Moabit geliefert worden sind. Preis 10 Pfennig. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 7. Oktober.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Tannhäuser.
Königl. Schauspielhaus. Die Bänder.
Deutsches Haus.
Sommerspiele. Komödie der Strungen. Dekret wider Willen.
Königl. Oper. Die Bojane.
Anfang 8 Uhr.
Vefing. Das Konzert.
Berliner. Klavierkonzert.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Tannh. Der d. Bourgeois.
Reichen. Noblesse oblige.
Alte. Der Liebeskorn. Die Heulr. (Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.)
Thalia. Polnische Birtshalt.
Schiller O. Kaiser - Theater.)
Der Dummkopf.
Schiller - Charlottenburg. Robert und Bertram.
Friedrich - Wilhelmstädtisches. Aletten. Niobe.
Berliner Volkoper. Der Troubadour. (Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.)
Luisen. Die schönste Frau.
Wettin. Die schönste Frau.
Modernes. Die beste der Frauen.
Trianon. Pariser Witwen.
Neues Operetten. Der Graf von Turmburg.
Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Grosses. Eine verlorene Nacht. Der Derbyflieger.
Wilde. Die Heulr.
Grosses Caprice. Der schwarze Schimmel - Rolfe Pension.
(Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.)
Metropol. Gurra - Wir leben noch!

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonnabend 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Berliner Volkoper
Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Der Troubadour.
Neues Theater.
Freitag 8 Uhr Sonntag:
Die goldene Ritterzeit.
Anfang 8 Uhr.
Montag Schauspiel Ferdinand Bonn: Wiedert vom Regiment. - Das gewöhnliche Haus.

Berliner Theater.
Seite 8 Uhr: Schauspiel Hans Niese. **Das Hinfahntemädel.**
Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonntag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Ein Walzertraum.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Seite und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

Lustspielhaus.
Heute abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von Beaumarchais und Weber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Metropol-Theater.
Gurra!!!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsdress in 7 Bildern v. J. Braun. Nicht v. J. Holländer. In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kommen gefasst.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Köln-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Dummkopf.
Luftspiel in 5 Aufzügen v. L. Bulda. Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Neue Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Folle mit Gefang in 4 Abteilungen von Gustav Rader. Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Der sensationelle Erfolg des **LUNA-PARK** veranstaltet die Direktion, das beliebte Vergnügungs-Etablissement **bis Ende Oktober offen** zu halten und sich für die große Gunst, die ihm das Publikum entgegenbringt, dadurch erkenntlich zu zeigen, daß von nun ab, mit Ausnahme des Sonntags, jeder Besucher, der an der Kasse eine Eintrittskarte löst, gleichzeitig zu einer beliebigen Attraktion inkl. Theater **ein Freibillet** erhält.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 42/49.
Nachmittags 4 Uhr:
In den Dolomiten.
Heute abends 8 Uhr:
Festvortrag für den Deutschen Kolonialkongreß.
Beginn der Hörsaal-Zyklus-Vorträge am 12. Oktober.
Prospekte kostenlos.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 7. Okt., abends 8 Uhr:
Kletten. Zum Schluß: **Niobe.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Wiederleute.** 8 Uhr: **Artemildes Nacht.**
Montag: **Wiederleute.**

Luisen-Theater.
Premiere:
Der fährich im Kloster.
Schauspiel in 3 Akten von E. Albert. In Szene gesetzt von Dr. C. Montag. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung: Die Schwandenprinzessin. 8 Uhr: Die Brüder v. St. Bernbold. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die schönste Frau. 8 Uhr: Der fährich im Kloster.
Montag: Durchgezogene Welber.

ROSE-THEATER
Grosche Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Othello.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Afschenbrödel.

Opello Theater
8 Uhr: Das Progr. d. sensationen. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Schauspiel
Rudolf Schildkraut
Gisela Schneider-Nissen usw.

WINTERGARTEN
Saharet
in ihren neuen Kreationen.
Reynolds and Donegan
das amerikanische Tänzernpaar in vollendetster Reitschuh-Moisterschaft. The 5 Mowatts, hervorragende Reitschuh-Gongleure. - Vasco, das verrückte Hängelreie. - Yamagata - Truppe, japanische Equilibristen. - Bowdon and Stol, tonische Akrobaten. - The 3 Meers, humoristischer Dreifachakrob. - W. C. Fields, der wertvolle Spähsänger. - Bogany - Truppe: Die lustigen Bäder. - Carl Levy, Berliner eigener Genies. - 12 chinesische girls, engl. Tanz-Ensemble. - Biograph, neueste Aufnahmen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Sonntag, den 9. Oktober, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:
HERBST-FEST
unter Mitwirkung des Berliner Humor-Quartetts, von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“ und des Arbeiter-Sängerbundes.
XXXXXXXXXXXX **Konzert und Tanz.** XXXXXXXXXXXXXXX
Kassenöffnung 4 Uhr. $\frac{221}{1}$ * Anfang 5 Uhr.
Billetts im Vorverkauf 25 Pf. + + + An der Kasse 30 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin. Südenbezirke u. Rixdorf.
Sonnabend, den 8. Oktober 1910, im großen Saale der „Neuen Welt“ Hasenheide 108-114:
:: Herbst-Vergnügen ::
bestehend in **Konzert**, ausgef. v. Neuen Tonkünstler-Orchester (45 Musiker), Dirigent F. Hoffelder. Auftreten der Sängergesellschaft „Triolet“. Zum Schluß: **Großes Reigen- u. Kunstfahren**, ausgeführt von Mitgliedern d. Arb.-Radfahrerbundes „Solidarität“.
Nach dem Konzert: **GROSSER BALL.**
Anfang präzise 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Eintritt inkl. Tanz 40 Pf. Das Komitee.

Lichtspiele
Mozart-Saal - Nollendorf-Platz.
MORGEN SONNABEND
NEUER SPIELPLAN
enthaltend u. a.
CHAVEZ' Flug über den Simplon.
Die Trauerfeier in DOMODOSSOLA. □ □ □ LISSABON.

Zirkus A. Schumann.
Heute Freitag, 7. Oktober, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Mr. Sandor Burleske Zirkus.
Bellon's rabfadrende Saltomortal drehende Stakabad.
Kreisel-Globus
Ball spielende Herde. Reizvollste Attraktion des Direktors **A. Schumann.**

Zirkus Busch.
Freitag, den 7. Oktober, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Collini-Clairon-Truppe
akrobatische Tänzer.
3 Gebr. Fratellinis, urkomische Clowns.
Herr **Alfred Ott,** Schulkreiter
Arbra-Trio. Herr Direktor **Orlando.** Freiheitsadressuren
Die Fredians, Reiterparade.
Um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, zum 22. Male:
„VENEZIA“
Vorher das gr. Galaprogramm.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 9. Oktober 1910:
Das verlorene Paradies
oder: **Der Strauß.**
Streiftomödie in 3 Aufzügen von L. Bulda.
Kasseneröffn. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Anf. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Casino-Theater
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Fosse
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Wimpelmann: Dir. u. Berg. Vorher das glänzende Dritte Progr. Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr: Berühmte Töchter.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß neu:
„Im Hausloch“.
Kitt. Komor. v. Wajsel.
Anfang wochentags 8 Uhr Sonntags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Theater Sanssouci.
Dochstation Kottbuser Tor.
Der feste vierzehnjährige
Edi Herzfeld,
von der I. L. Hofoper in Wien und das neue Variété-Programm.
Sämtliche Attraktionen zum erstenmal in Berlin!
Zu hat's geschnappt!
Kasse von Oskar Sabo. Rufst von **Paul Lincke.** Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holmannstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Gänzlich neues Programm mit **Franz Sobanski.**
Erich Gastell, Gleichweiser Williams.
Guten Tag, Papa!
Schwan in 1 Akt von C. Richter.
Neu! Zum Schluß: **Neu!** Biographische Vorführungen.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Walhalla-Theater
Wienbergsweg 19/20.
Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Bravo! - Da capo!
Eine Allerwelts-Revue in 5 Bildern von R. Reichardt, Musik von H. Zelle. In Szene gesetzt vom Direktor **James Klein.**

Moabiter Gesellschaftshaus
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabit.
Alljährliches Spezialprogramm.
Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Aus der Frauenbewegung.

Die österreichischen Frauen bei der Demonstration gegen die Lebensmittelteuerung.

Die internationale Frauenkonferenz in Stuttgart hat einen Antrag der österreichischen Delegation angenommen, der sich gegen die Lebensmittelteuerung richtete und die Genossinnen aller Länder zur Abwehr aufforderte. In Oesterreich hatte schon vor dem Kongreß eine Aktion eingesetzt, an der die Frauen leidenschaftlichen Anteil nahmen.

Der 2. Oktober wurde aussersehen für eine Demonstration des Wiener Proletariats auf der Ringstraße. Auch die Genossinnen rüsteten. Während dreier Wochen fanden Tag um Tag neben den allgemeinen Versammlungen zahlreiche Frauenversammlungen statt, um für die Demonstration am 2. Oktober zu agitieren. In allen einundzwanzig Bezirken Wiens hielt die politische Frauenorganisation Versammlungen ab und man kann ruhig sagen, seit den Tagen vor dem unergieblichen 28. November 1906 hat es so starkbesuchte Frauenversammlungen nicht gegeben. Die oft be-

merkte Apathie, den Pessimismus gegenüber der Teuerung, der resignierte Glaube, „daß ja doch alles nichts nützt“, war versiegen, zerstreut. Eine feberhafte Erregung hatte all ergriffen. Und der Sonntag hielt, was die Stimmung vorher versprochen hatte. Nicht nur unsere eigenen Wahrnehmungen sind es, sondern die gesamte Presse hebt die große Beteiligung der Frauen hervor.

Jedem Bezirk ging der Zug der Frauen voran. Die politisch Organisierten und in einigen Bezirken die Ortsgruppen der Seimarbeiterinnen. Die Frauen trugen in jedem Zug eigene Standarten mit Aufschriften, die die Forderung nach Einfuhr von argentinischem Fleisch enthielten. Die Bezirke, die proletarische Bevölkerung haben, hatten Züge von 500 bis 600 Frauen. Außerdem gingen viele Arbeiterinnen mit ihren Gewerkschaften und andere Frauen mit ihren Männern. Noch nie, selbst nicht am ersten Mai, haben wir so viele Frauen im Demonstrationzug gesehen, wie diesmal.

Wenn man bedenkt, daß Bezirke, die um 9 Uhr früh abmarschierten, erst um 1/2 Uhr zum Rathaus gelangen konnten, so hat man einen Begriff, was auch die Frauen, unter welchen man überwiegend abgearbeitete, müde Gestalten sah, zu leisten hatten. Aber nicht nur in Wien war es so. Aus der ganzen Pro-

vinz wird die auffallend starke Beteiligung der Frauen an der Aktion gegen die Fleischteuerung gemeldet. Am Sonntag vorher demonstrierte das Proletariat der Stadt Graz. Auch dort waren unter Führung der politischen Frauenorganisation Tausende Frauen mit eigenen Standarten im Zuge. Ebenso lauten die Berichte aus Salzburg, aus Oberösterreich, aus Böhmen und aus den niederösterreichischen Provinzstädten. Zweierlei ist aus dieser Teilnahme der Frauen zu ersehen: die große Not, welche durch die Lebensmittelteuerung erzeugt wurde, aber auch das erwachende Verständnis der Frauen für den proletarischen Kampf.

An der Demonstration hat sich auch die Vereinigung der bürgerlichen Hausfrauen, das Frauensimmrechtskomitee und die Sektion der Beamtinnen beteiligt. Auch die vielgenannte Leiterin des Fleischboylotts in Krems, Frau Josefine Pulorus, war erschienen. Freilich reichte der Zug der bürgerlichen Hausfrauen Wiens, trotz der rührigen Agitation, die sie in Versammlungen und in der Presse betrieben haben, nicht an die Zahl der weiblichen Teilnehmer eines einzigen proletarischen Bezirks heran. Die bürgerlichen Vereinigungen schlossen sich an, als der Zug des Proletariats zu Ende war. Mehrere bürgerliche Damen hielten auch Ansprachen am Rathausplatz, ehe sie mit ihren Standarten abmarschierten.

HERMANN TIETZ

Nur Leipziger Strasse

Eröffnung der erweiterten Lebensmittel-Abteilung

Neu aufgenommen

Frisches Fleisch und Fische

Prima Qualität, Berliner Schlachtung
soweit Vorrat

Hammelfleisch	Rind,Ochsenfleisch	Schweinefleisch	Schafelbraten	Pfund
Dünnung	Fehlrippe	Kamm	Schierbraten	1 ⁰⁰
Ragout	Kamm	Schutt	Filetoberschale	
Haxen	Rinderbrust	Liesen	Bratenoberschale	
Talg	Goulasch	Pökelkamm	Filet-Schabefleisch	

Prima Bratwurst	Pfd. 75 Pf.	Kass. Rippespeer	Pfd. 75, 80 Pf.	Rückenfett	Pfd. 60 Pf.
-----------------	-------------	------------------	-----------------	------------	-------------

Fische

Flussfische

Seefische

Lebende Karpfen	Pfund 75, 90 Pf.	Schellfische	Pfund 12 und 20 Pt.
Lebende Hechte	Pfund 1 ⁰⁰ 1 ²⁰	Kabeljau im ganzen	Pfund 16 Pt.
Lebende Aale	Pfund 65, 85 Pf.	Seelachs im ganzen	Pfund 13 Pf.

Ferner: Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee:

Obst und Gemüse	Wild und Geflügel	Wurstwaren
Kochbirnen	Junge Hühner	Cervelat u. Salami
Kochäpfel	Suppenhühner	Feine Leberwurst
Tafeläpfel	Enten	Pastetenleberwurst
Tafelbirnen	Gänse	Landleberwurst
Luisenbirnen	Hirschwild	Teewurst
Blumenkohl	Ragout Blatt Keule Rücken	Bauernrotwurst
Weintrauben	Pfd 25 Pf Pfd 50 Pf Pfd 70 Pf Pfd 70 Pf	Speck fett und mager

MAGGI'S WÜRZE

hilft sparen!

Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze.



Achtung vor Nachahmungen!

Probefläschchen 10 Pf.

